

# Ver eins = Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder  
sowie der freien eingeschriebenen Hilfsklasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 48

Erscheint alle Sonnabend.  
Abonnementpreis Mr. 1.50 pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,  
Schmalenbeckerstr. 17. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg,  
Sonnabend, 26. November 1910.

Anzeigen kosten die viergesparte Petition  
zelle oder deren Raum 40 Pfennig (der  
Betrag ist stets vorher einzufinden).  
Vereins-Anzeigen 20 Pfennig die Zeile.

24. Jahrg.

## Eine Enquête der bayerischen Regierung über die Verhältnisse im Maler-, Anstreicher- und Lackierergewerbe.

Im Jahre 1907 hat eine bayerische Bauarbeiterkonferenz in bezug auf unsern Beruf in einer Resolution folgendes beschlossen:

1. Ein vollständiges Verbot der Bleifarbenverwendung von Reichswegen.

2. Die Aufstellung von sach- und fachkundigen Kontrollorganen, welche aus Arbeiterkreisen zu wählen sind.

3. Die Kürze und Krankenhausverwaltungen sind zu verpflichten, alle Krankheiten und deren Verlauf (Art, Dauer, Heilserfolg usw.), welche direkt oder indirekt auf Bleivergiftung oder deren Folgen basieren, in eigene Register einzutragen und letztere am Jahresende jeweils dem Reichsgesundheitsamt einzusiefern, um so den wirklichen Umfang der verheerenden Schäden festzustellen.

4. Endlich an Staats- und Gemeindebehörden das bringende Erfuchen zu richten, bei Vergabeung staatlicher und behördlicher Arbeiten und in den Submissionsbedingungen für Maler- und Anstreicherarbeiten den Ausschluss aller Bleifarben zur Bedingung zu machen.

Diese Resolution wurde in Form einer Petition neben den übrigen Forderungen in bezug auf den Bauarbeiterkundschutz der Regierung übergeben, und im Landtag hatte die sozialdemokratische Fraktion sich in warmen Worten der Forderungen der Bauarbeiter angenommen. Von den obigen vier Punkten scheint nun der dritte bei der Regierung Beachtung gefunden zu haben, wenn auch in anderer Form, da das Staatsministerium des Neuzern den vor kurzer Zeit eingezogenen Landesgewerbeamt angewiesen hat, über die Verhältnisse im Maler- und Anstreicherarbeiten eine Statistik aufzunehmen, die bereits in Angriff genommen worden ist.

Diese Enquête erstreckt sich sowohl auf die wirtschaftliche wie auch auf die hygienische Seite und ist der erste Teil zu bearbeiten Aufgabe der Gewerberäte, während letzterer Teil dem Landesgewerbeamt in Verbindung mit den Bezirksärzten der einzelnen Städte und Landestellen übertragen ist.

So erfreulich es nun ist, daß die Regierung den Willen zeigt, die Verhältnisse in unserm Berufe klarzulegen und vielleicht auf Grund dessen weitere Verbesserungen gesetzgeberischer Natur in Vorschlag bringt oder im Bundesrat dahin wirkt, daß reichsgesetzlich mehr nach dieser Richtung getan wird, so bedauerlich ist es, daß die ganze Aufnahme daran krankt, daß sie von vornherein auf Stichproben angelegt ist. Das Ergebnis muß ein völlig verzerrtes Bild der wirklichen Verhältnisse im Malerarbeiten sein. Man sollte meinen, daß es der Regierung nicht allzu schwer fallen dürfte, eine alle Betriebe und Personen umfassende Statistik herzustellen, der Mithilfe der Organisation wäre sie in diesem Falle ebenso sicher gewesen, wie dies auch jetzt der Fall ist. Stichproben werden immer Zufälligkeiten ausgezeigt sein, die nie und nimmer ein völlig klares Bild ergeben können.

Das gleiche ist der Fall bei der Aufnahme nach der hygienischen Seite hin. In den größeren Orten ist durch die Mithilfe unsrer Organisation in Versammlungen die ärztliche Untersuchung durch den Landesgewerbeamt und Bezirksärzte vorgenommen worden, allein in den Kleinsten und Mittelstädten sind die Kollegen vorgeladen worden auf die Rathäuser und dergl., während die in Fabriken beschäftigten in der Fabrik selbst untersucht worden sind. Während der erstere Weg einwandfrei ist, kann aber der zweite Weg in vielen Fällen nicht der geeignete sein, da sehr oft in Anwesenheit der Fabrikleitung oder des Bureaupersonals die einzelnen Fragen nicht so beantwortet werden, als wenn man mit dem Arzt allein ist.

Diese Mängel der Organisation der ganzen Statistik müssen zunächst beachtet werden, wenn man zu dem Schluß kommt, daß die ganze Arbeit eine gewisse Hälfte aufweist. Vielleicht bietet aber das Ergebnis der Statistik Gelegenheit, daraus für zukünftige ähnliche Arbeiten die entsprechende Anwendung zu ziehen.

I. Nun zu den Fragebogen selbst. Der Fragebogen A handelt von der Bezeichnung der Betriebsart, Namen der Firma, Ort des Betriebes, wie hoch die Zahl der regelmäßig beschäftigten Arbeiter ist, männlich — weiblich, wieviel unter 13 bis 14 Jahre, 14 bis 16 Jahre und über 16 Jahre. Die Frage, ob mit Motor und gegebenenfalls mit welchen Kräften dieser betrieben wird, hat namentlich für die Fabrikbetriebe größere Bedeutung.

II. Arbeitsverhältnisse. Wie lange dauert die Arbeitszeit nebst den Pausen, ist die erste Frage. Dann heißt es weiter: In welchen Zeiten und in welchem Umfang kommt Arbeitszeitverkürzung vor, ebenso in welchen Zeiten Überarbeit, Sonntagsarbeit und in welchem Umfang. Diese Frage ist viel zu allgemein gehalten, als daß sie richtig beantwortet werden dürfte, namentlich dort, wo die Verbandsfunktionäre nicht mit Rat und Tat zur Seite stehen können. Die weiteren Fragen sind: Ist eine Kündigungsfrist vereinbart und welche Frist und Tag der Lohnzahlung. Die Fragen bezüglich des Lohnsform, Wochen-, Tage-, Stunden- oder Stundlohn, müßten ausgedehnt werden auf die Frage nach dem Fahrerarbeitsverdienst, sonst kommt vielleicht der Statistiker zu solchen Schlüssen, wie seinerzeit das Reichsstatistische Amt in Berlin anlässlich der „Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reich“, daß der Durchschnittslohn eines Malers und Anstreichers 1455.40 Mr. beträgt, welchen Lohn bekanntlich kaum 25 Proz. unserer Kollegen verdienen. Besteht ein Tarifvertrag und welcher? Auch diese Frage ist recht unbestimmt gehalten, sodß die Beantwortung sehr schwierig ist.

Lehrlinge. Die Zahl derselben, Lehrzeit, Lehrvertrag, ob Lehrgeld und wieviel bezahlt wird, ob Wohnung und Verpflegung im Hause des Arbeitgebers und ob für fachgewerblichen Unterricht, Beleichen- und Fortbildungskurse gesorgt ist.

III. Arbeitsverfahren. Die erste Frage ist: Werden noch Bleifarben oder andre bleihaltige Farben in trockenem Zustand verkleinert und gemischt, und ferner: Ob Bleifarben noch mit der Hand angerieben werden und in welchen Mengen. Bezuglich des Entfernen von Oelfarben oder Spachtelarbeiten wird dann gefragt, ob dieses auf dem Wege des Abschliffs, Abblimens oder Abbrems betätigt wird. Wieviel wird Bleiweiß in jährlichen Mengen bezogen (Gewichtsmenge). Ist die Verwendung des Bleiweißes unverändert, verminder, abgeschafft. Diese Fragen sind zweifellos von der größten Wichtigkeit, allein ob diese so genau und gewissenhaft beantwortet werden, bleibt zweifelhaft, nachdem wir in sehr vielen Fällen die Beobachtung machen müssen, daß die Unternehmer, um die Einhaltung und Durchführung der Bundesratsverordnung zu umgehen, vorgeben, keine bleihaltigen Farben mehr zu halten, während bei genauem Zusehen und Untersuchung sich herausstellt, daß dieses doch der Fall ist.

Welche Bleifarben werden verwendet und in welchem Umfang ungefähr, ist eine äußerst schwierige Frage, die die Gehilfen wohl kaum zur Zufriedenheit beantworten können. Und welche Erfahrungen liegen vor mit dem Gebrauch bleihaltiger Farben in bezug auf die Kosten, Deckkraft, Halbarkeit. Hier dürften die Meinungen noch sehr weit auseinandergehen, weil hier die Güte der Erfahrungsstoffe usw. eine große Rolle spielt.

In welcher Weise ist für Waschgelegenheit und Aufbewahrung der abgelegten Kleidungsstücke gesorgt, lautet die weitere Frage, die weiter hätte heißen müssen, ob jeder Gehilfe im Besitz eines Bleimerkblattes, eines Handtuches ist und wie dasselbe gereinigt wird, und ob Nagelbürste und Seife vorhanden sind, ob Belehrung seitens der Arbeitgeber über die Gefährlichkeit des Bleiweißes erfolgt namentlich den Lehrlingen gegenüber. Hier fehlt es nämlich am allermeisten, denn es ist bekannt, wie oft die Lehrlinge in geradezu schauderhaftem Zustande herumlaufen.

Über die Frage, ob etwa Wohlfahrtsseinrichtungen bestehen (Bäder, Urlaub, Gratifikationen) wäre zu sagen, daß dieses nur zum Teile in ganz wenigen Fällen auf Fabrikbetriebe zutrifft, aber für den Bauberuf vollständig ausscheidet.

Ein Ergänzungsfragebogen behandelt nun das wirtschaftliche Gebiet des Gehilfen, Wohnung & - und Ernährungsverhältnisse. Wäre oben, wie schon angeführt, nach dem Jahresarbeitsverdienst gefragt, so würde sich ein Vergleich ziehen lassen zwischen den Einnahmen und Ausgaben im Haushaltungsbudget des Arbeiters. Eine Befürchtung, daß dieser Lohn nicht angegeben worden wäre, ist grundlos, weil für die Steuerfassung der Arbeitgeber ja doch den Lohn des Arbeiters eher höher als niedriger angibt. Hinzu kommt es schon ein Fortschritt, wenn überhaupt die Regierung sich für die wirtschaftlichen Verhältnisse mehr interessiert als früher. Die Fragen sind nun folgende:

Familienstand und Kopfzahl der Familie. Wie lange 1909 arbeitslos im Berufe und etwaige weitere Beschäftigung. Angaben über Ernährungsverhältnisse: Hauptfächlichste tägliche Speisen, Angabe des Fleischverbrauchs, Tagesanspruch für die Ernährung der gesamten Familie, Tagesanspruch für Getränke, gegebenenfalls auch Fleuchen. Angaben über Wohnung & verhältnisse: Zahl und Größe der Räume, Lage, Stockwerk und Mietpreis der Wohnung, etwaige Nachtele der Wohnung, Altermiete, etwaige Angaben über sonstige Veranlassungen, Weiterbildung, Vergnügen, Versicherungen, Sparkassen usw.

Der Erhebungsbogen betrifft der hygienischen Fragen zerfällt in drei Teile: 1. Erkrankungen ohne Beteiligung der Kinder; 2. Erkrankungen; 3. Allgemeines Verhalten.

1. Zunächst sind Namen, Alter, wie lange im malerarbeiten und wie lange im beruflichen Betrieb tätig, auszufüllen. Dann kommt die Zeit der Erkrankungsfälle, Name der Krankheit oder Verlehrung, wie lange jedesmal krank.

2. Wurden Bleierkrankungen schon durchgemacht, in welchem Lebensalter und wie waren die Erscheinungsformen: Anämie, Kochegle, Stomatitis, Lähmung (wo), Schüttung, Gelenk- oder Nierenleiden usw. Wie lange dauerte jedesmal die Arbeitsunfähigkeit, was wird als Ursache angesehen, die Art der Arbeitsverrichtung, wie Abimse, Anreisen, Anstreichen oder mangelnde Reinlichkeit, Waschgelegenheit usw.

3. Wie lange ist der Betreffende verheiratet, Alter der Frau, Zahl und Alter der Kinder. Sind Geburten oder Abort eingetreten. Wann? Bestehen etwa Anämie, Bleiarm, Tremor, harter Puls, Arteriosklerose, Nervosität, Kopfschmerz, Lungen- und Nierenleiden, Gicht, Magen- und Darmstörungen, Verstopfung u. a. Wird regelmäßig warmes Mittagessen eingenommen? Wie verhält sich der Alkohol- und Tabakverbrauch, event. in Eltern anzugeben. Leidet ein Kind an Geisteschwäche oder Epilepsie. Bemerkungen über Arbeitswechsel und Berufswechsel.

Wie man sieht, eine Reihe außerordentlich wichtiger Fragen, die schon in früheren Statistiken der Organisation eine Rolle gespielt haben. Wenn nun statt der Stichproben eine alle Berufskollegen umfassende Aufnahme stattfinden würde, so wäre dieses bei genauer Durchführung ein Material, das die Verhältnisse im Berufe derart schildern würde, daß die soziale Lage der Berufskollegen ans Licht der Öffentlichkeit kommen würde, wie noch nie.

Aber selbst bei dem von der Regierung beschlossenen Umfang muß schon ein Bild unsres Berufes gewonnen werden, das so recht die sozialen Nebenstände enthält, die einer Verbesserung bedürfen, und ebenso auch die Tatsache von neuem bestätigt werden dürfte, daß alle Maßregeln in bezug auf Arbeiterschutz betreffs der giftigen Bleifarben halbe Arbeit und nur Palliativmittel sind, die von uns fortgesetzt bekämpft werden müssen, und zwar so lange, bis das Ziel erreicht ist: Das Verbot der Bleifarben.

Und alle Verfügungen und Verordnungen können nichts helfen, wenn nicht für eine ausreichende Kontrolle gesorgt wird, und da ist erst durchschnittlich ein Geschäft aller Betriebe in den letzten Jahren revidiert worden.

Es steht zu hoffen, daß, wenn auch die Art der Statistik nicht voll befrieden kann, das Material

dennnoch dazu beitragen möge, daß die Ersparnis in weitere Kreise getragen wird, daß nur das Verbot der Bleifarben eine Besserung der verheerenden Berufskrankheiten bringen kann und daß die wirtschaftlichen Verhältnisse durchaus so sind in Anbetracht der kolossalen Arbeitslosigkeit, daß eine weitere Verbesserung der Lebenslage eine dringende Notwendigkeit ist. Nach der Richtung aber wird man sich nicht auf die Regierung verlassen dürfen, sondern auf die Selbsthilfe, und dazu ist die Stärkung der Organisation die Hauptaufgabe der Genossenschaft, weil nur dadurch den beiden Hauptforderungen der Arbeiterschaft der nötige Nachdruck verliehen wird, als daß sind: Kampf für bessere Lebensverhältnisse und Kampf für besseren, ausreichenden Arbeiterschutz!

## Der augenblickliche Stand der Genossenschaftsfrage.

I.

Die Stellung des Sozialismus zu dem Genossenschaftswesen hat im Laufe der letzten Jahrzehnte manviele Wandelungen erfahren. Es hat Zeiten gegeben, in denen man in den Genossenschaften — unter denen man allerdings ausschließlich Produktivgenossenschaften verstand — Keimzellen einer neuen sozialistischen Wirtschaftsordnung erblickte. Dann wieder gab es Zeiten, in denen die Genossenschaften als Episoden betrachtet wurden oder gar als Hindernisse auf der Bahn zum sozialistischen Zukunftstaat. Nunmehr ist die Zeit gekommen, die die große Bedeutung des Genossenschaftswesens für eine Hebung des Proletariats und für die Neugestaltung unseres Wirtschaftslebens zu erkennen beginnt. Der antikapitalistische Charakter der Genossenschaften tritt immer deutlicher zutage, und der Sozialismus bemüht sich immer mehr, den Strom der genossenschaftlichen Kollaborarbeit seinen Zwecken dienstbar zu machen. Die zunächst noch rein theoretische Erkenntnis, daß das Genossenschaftswesen zahlreiche Kräfte eines edlen Solidarismus in sich birgt und daß es große Entwicklungsmöglichkeiten bietet, strebt nach praktischer Verwirklichung. So ist es zu verstehen, daß sich auch der Internationale Sozialistenkongress in Kopenhagen mit der Genossenschaftsfrage beschäftigt hat. Und wenn dieser Kongress, im Gegensatz zu seinen Vorgängern der schwächer und schwächer Nahrte des vorherigen Jahrhunderts, nicht die Produktiv-, sondern die Konsumgenossenschaften in den Mittelpunkt seines Interesses und seiner Debatten gestellt hat, so erklärt sich dies eben daraus, daß heute die zur Eigenproduktion schreitenden Konsumgenossenschaften die Träger des proletarischen Genossenschaftsgedankens geworden sind.

Unter allen auf dem Kongress anwesenden Genossenschaftern herrschte darüber nur eine Meinung, daß man die Konsumgenossenschaften in den Dienst der proletarischen Emanzipationsbestrebungen stellen und sie mit dem Geiste des Sozialismus erfüllen müsse. Auseinander gingen nur die Meinungen darüber, wie dieses Ziel in der Praxis zu erreichen sei, mit andern Worten, wie die Organisation der Genossenschaften zu gestalten sei. Da in den verschiedenen Ländern die Entstehung, Entwicklung und Zusammensetzung der Genossenschaften verschieden ist und da auch die gesetzlichen Bestimmungen der verschiedenen Staaten sehr voneinander abweichen, so ist eine einheitliche Regelung der Organisationsform ein Ding der Unmöglichkeit. Während die belgischen Genossenschafter eine innige Verbindung zwischen Genossenschaften und Sozialdemokratie forderten und dabei auf die Erfolge der sozialdemokratischen Genossenschaften ihres Landes hinwiesen, sprachen sich die deutschen Delegierten für eine reinliche Scheidung zwischen diesen beiden Zweigen der Arbeiterbewegung aus.

Diese letztere Auffassung über das Verhältnis zwischen Genossenschaft und Sozialdemokratie fand denn auch die Zustimmung des Kongresses, der in einer Resolution erklärte: „Ob und inwieweit die Genossenschaften die politische und gewerkschaftliche Bewegung direkt aus ihren Mitteln unterstützen sollen, ist der Entscheidung der einzelnen Genossenschaften jedes Landes zu überlassen.“ Es wurde jedoch der Wunsch hinzugefügt, es sei im Interesse der Arbeiterschaft in ihrem Kampfe gegen den Kapitalismus erforderlich, daß die Beziehungen zwischen den politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, ohne daß dadurch ihre Selbstständigkeit angefasst würde, immer inniger werden.“ Mit dieser Lösung der Frage kann wohl jeder sozialistische Genossenschafter zufrieden sein.

Interessant war es, die Einheitlichkeit zu beobachten, mit der die verschiedenen Redner den sozialistischen Kern des Genossenschaftswesens herauschöpften und den Wert der Konsumgenossenschaften für die moderne Arbeiterbewegung betonten. Der Belgier Aufsele hob hervor, welche Widerstreuung die Genossenschaften den Arbeitern während eines wirtschaftlichen oder politischen Kampfes zu bieten vermöchten, der Deutsche Wurm wies auf die Rolle hin, die die mit sozialistischen Geist erfüllten Genossenschaften im Klassenkampfe spielen können, der Däne Bergkier erklärte, daß man die Genossenschaftsbewegung zu einer Waffe in der Hand

der um ihre Befreiung aus materiellem und geistigem Elend ringenden Arbeiterklasse machen müsse, der Holländer Wibaut betonte den großen Wert der Genossenschaften im proletarischen Emanzipationskampfe, und der Argentinier Justo führte aus, daß die Genossenschaften imstande seien, die Sozialisierung und Demokratisierung der Gesellschaft zu fördern. Nachdem v. Elm die Dreiteilung der deutschen Arbeiterbewegung erwähnt und die Versicherung gegeben, daß es gelungen sei, alle drei Bewegungen mit dem einheitlichen Geiste des Sozialismus zu erfüllen, begründete der österreichische Delegierte Karpelès eine Resolution, die von einer Kommission ausgearbeitet worden war: „Die Kommission hat anerkannt, daß die Konsumvereine nicht nur ihren Mitgliedern direkte Vorteile gewähren, sondern auch die Arbeiterrorganisation eine Waffe im Befreiungskampf der Arbeiter darstellen. Besonderen Wert legt sie darauf, daß die Konsumvereine die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten erziehen und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion vorbereiten. Als Produzent ist der Arbeiter häufig dem Kapital unterworfen, aber als Konsument genießt er eine gewisse Freiheit. Von dieser Freiheit soll er Gebrauch machen. Wenn er schon gezwungen ist, einen Teil seines Lohnes an das Kapital abzugeben, so kann er doch wenigstens nicht gezwungen werden, den Teil des Lohns, den er erhält, mit dem Händler zu teilen. Daraus erwächst den Arbeitern die Pflicht gegen sich selbst, die Verwaltung seines Lohnes in die eigene Hand zu nehmen. Die Arbeiterschaft muß selbst Stein auf Stein schichten, um sich fähig zu machen, den Sieg zu erringen. Wenn aber die Konsumvereinbewegung eine wirklich wirkliche Waffe im Kampf für die Befreiung der Arbeiter ist, so haben auch alle Genossen die Pflicht, ihre tätigen Mitglieder zu werben. Die Kommission hat das nicht in der Form eines verpflichtenden Befehls ausgesprochen, aber sie legt Wert darauf, mit allem Nachdruck zu erklären, daß es dringend wünschenswert ist, daß alle Gewerkschafter und Parteigenossen ihre Pflicht gegenüber den Konsumvereinen erfüllen. Sie müssen aus den Konsumvereinen etwas anderes machen als bloße Warenverteilungsstellen. Sie können ihre Pflicht als Sozialisten erfüllen, wenn es sich um die Verteilung des Reingewinnes handelt, wenn es nötig ist, zur Selbstproduktion überzugehen oder eine höhere Form der Produktion anzustreben.“

Diese prinzipielle Übereinstimmung in der Bewertung der Konsumgenossenschaften und die weise Zurückhaltung in der Beurteilung der verschiedenen Organisationen entspricht ganz dem, was man von einem internationalen Sozialistenkongress erwarten durfte. Die Einheitlichkeit in den Zielen und die Verschiedenheit in den Mitteln ist ja die charakteristische Eigenschaft der modernen Arbeiterbewegung. Und auch dieser Bewegung sollen die Genossenschaften dienen, indem sie berufen sind, um mit den Worten der Resolution zu sprechen, „die Arbeiterschaft durch Ausschaltung des Zwischenhandels und durch Eigenproduktion für den organisierten Konsum wirtschaftlich zu stärken und ihre Lebenshaltung zu verbessern, die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten zu erziehen und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion und des Austausches vorzubereiten helfen.“ Und wenn sie in diesem Sinne wirken, so werden sie zu einer Waffe im Klassenkampf, den das Proletariat zu führen gezwungen ist. Es war daher selbstverständlich, daß der Kongress alle Parteigenossen und alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aufforderte, tätige Mitglieder der Konsumvereine zu werden und sie mit sozialistischem Geiste zu erfüllen.

Nicht minder als der Sozialismus im allgemeinen nimmt auch die Sozialdemokratie dem Genossenschaftswesen gegenüber eine ganz andre Stellung ein als früher. Die geistigen Väter dieser Partei, Marx und Lassalle, waren darin einig, daß nur die Produktivgenossenschaften imstande seien, die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu beeinflussen und umzugestalten. Die Konsumgenossenschaften schieden hierbei vollständig aus, denn man suchte die Ausbeutung lediglich im Gebiete der Gütererzeugung; die durch den Handel stattfindende Uebervorteilung der Konsumenten spielte eine nebenstehliche Rolle, und Lassalle erklärte ausdrücklich, es sei falsch, dem Arbeiter als Konsumenten helfen zu wollen, man müsse ihm vielmehr dort helfen, wo ihn der Schuh trifft, nämlich als Produzenten. Man sprach damals mit Nachdruck von der kapitalistischen Produktionsweise und ließ dabei die Mängel der kapitalistischen Verteilungsweise ganz außer acht. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtete noch der sozialdemokratische Parteitag vom Jahre 1892 das Genossenschaftswesen.

Zwischen ging die genossenschaftliche Praxis ruhig ihren Weg und in ihrem Gefolge wandelte sich die Theorie noch verschiedene Differenzen bestehen. Offenbar herrscht heute noch eine gewisse Aivalität zwischen Partei und Genossenschaft — ähnlich wie sie einmal zwischen Partei und Gewerkschaft bestand — und es wird noch eine gründliche Aussprache nötig sein, um hier eine geistige Einheit zu schaffen. Die Frage ist ja die, ob die Konsumgenossenschaften gleichberechtigte Faktoren im proletarischen Emanzipationskampfe sind resp. werden können oder ob sie nur eine Ergänzung, gewissermaßen eine Hilfsgruppe in diesem Kampfe bilden. Die letztere Auf-

die Augen der Welt auf sich zog, desto mehr wurde auch die Sozialdemokratie genötigt, der Genossenschaftsfrage näher zu treten. Und so erklärt es sich, daß der diesjährige Parteitag in Magdeburg diese Frage auf seinem Programm hatte.

Infolge verschiedener Umstände konnte die Frage, welche Stellung die Genossenschaften im modernen Wirtschaftsleben einnehmen und in welchem Verhältnis sie zum Sozialismus und zur Sozialdemokratie stehen, nicht mit der Gründlichkeit erörtert werden, wie es im beiderseitigen Interesse wünschenswert gewesen wäre. Wer die Ansichungen weiter Kreise der sozialdemokratischen Arbeiterschaft über das Genossenschaftswesen kennt und wer die Debatte auf dem Parteitag verfolgt hat, wird einräumen müssen, daß es eine Klärung sehr not tut und daß es nicht genügt, sich einfach als Erfolgsschwörer zu produzieren und sich mit der genossenschaftlichen Praxis abzufinden. Die dem Parteitag vorgelegte Resolution hob die praktischen Erfolge der Genossenschaften hervor: „Bei der Bewertung der Wirtschaftsgenossenschaften kommen für die sozialdemokratische Partei vornehmlich die Konsumvereine in Betracht. Die Konsumvereine sind Organisationen zur Erzielung wirtschaftlicher Vorteile, indem sie durch direkte Nebenmitlung der wichtigsten Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs an die Konsumenten deren Kaufkraft erhöhen. Die allgemeine Vertreibung der Lebensmittel und der notwendigsten Gebrauchsgegenstände, die vor allem eine Folge der agrarischen Zoll- und Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches ist, hat die breitesten Volksmassen in steigendem Maße auf die Nützlichkeit des Zusammenschlusses in Konsumgenossenschaften hingewiesen.“

Auch der Referent, Genosse Fleiner aus Dresden, legte den Hauptwert auf die wirtschaftlichen Leistungen der Konsumvereinorganisationen, wenn er auch nicht verlangte, daß die mit sozialem Geist erfüllten Genossenschaften in der Lage seien, „wertvolle soziale Arbeit zu leisten durch Schaffung vorbildlicher, mit den Gewerkschaften vereinbarer Lohn- und Arbeitsverhältnisse für ihre Angestellten. Durch Errichtung von Mot- und Hilfsfonds für ihre Mitglieder, durch Einwirkung auf die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter jener Betriebe, deren Abnehmer die Genossenschaften sind, durch Webergang zur Eigenproduktion und durch Erziehung der Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten könnten die Konsumgenossenschaften ein wirksames Mittel zur Unterstützung im Klassenkampf sein.“

Der Referent hält sich aber für verpflichtet, vor einer Übertragung der Genossenschaftsbewegung zu warnen, als ob sie einen wesentlichen Faktor zur Löschung der sozialen Frage bilden könnte. Die Redensart, daß durch die Konsumvereine der Kapitalismus ausgehöhlt und unterwölkt werden könnte, sei allerdings nicht einmal ein schöner Traum. Auch der Genosse Wurm-Berlin unterstrich in der Diskussion diese Auffassung, indem er die seiner Meinung nach in gewissen Kreisen vorhandene Auslöschungstheorie verspottete, die da meinte, man könne den kapitalistischen Klassenstaat von innen heraus aussöhnen und dadurch zu Fall bringen.

Um diese Auffassung von der Bedeutung des Genossenschaftswesens im Emanzipationskampfe des Proletariats zu beseitigen, forderte man, daß die Sozialdemokratie ihre bisherige reservierte Stellung gegenüber der Genossenschaftsbewegung aufgäbe und daß die Parteigenossen durch Massenbeitritt die Konsumvereine zu wirtschaftlichen Organisationen im Sinne der Sozialdemokratie gestalten. Allerdings sollte dadurch keine Abhängigkeit der Genossenschaften von der Partei geschaffen werden, aber ein aufgegenseitiger Unterstüzung beruhendes Verhältnis müsse angebahnt werden. Zu dem Zwecke sei es nötig, daß die Sozialdemokratie die Bedeutung der Konsumvereinorganisationen rücksichtslos anerkenne, wie dies die Resolution in den Schlusssätzen zum Ausdruck bringt: „Die sozialdemokratische Partei vertritt die Interessen der Konsumgenossenschaften in der Presse und in den parlamentarischen Körperschaften wider die Angriffe ihrer Gegner. Dieses Eintreten für die Konsumvereine entspricht den Klasseninteressen des Proletariats; denn die genossenschaftliche Tätigkeit ist eine wirkliche Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Lage der Arbeiterschaft. Der Parteitag fordert die Genossinnen und Genossen dringend auf, in diesem Sinne zu wirken und die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu unterstützen.“

Während somit in der Praxis eine Versöhnung zwischen Sozialdemokratie und Konsumgenossenschaftsbewegung herbeigeführt worden ist, bleiben in der Theorie noch verschiedene Differenzen bestehen. Offenbar herrscht heute noch eine gewisse Aivalität zwischen Partei und Genossenschaft — ähnlich wie sie einmal zwischen Partei und Gewerkschaft bestand — und es wird noch eine gründliche Aussprache nötig sein, um hier eine geistige Einheit zu schaffen. Die Frage ist ja die, ob die Konsumgenossenschaften gleichberechtigte Faktoren im proletarischen Emanzipationskampfe sind resp. werden können oder ob sie nur eine Ergänzung, gewissermaßen eine Hilfsgruppe in diesem Kampfe bilden. Die letztere Auf-

fassung ist die offizielle, in der Parteitagsresolution zum Ausdruck kommende, doch erscheint es gar nicht ausgeschlossen, daß auch die erste noch einmal sich zur maßgebenden Auffassung durchringen könnte. Wer sich mit der Wandlung der sozialen Ideen beschäftigt und die wechselnde Beurteilung proletarischer Kampfmittel beobachtet hat, wird mit einem solchen Umschwung in der Bewertung der Konsumvereine rechnen müssen. Heute läßt sich noch gar nicht absehen, welche Ausdehnung die Genossenschaftsbewegung noch nehmen und welchen Einfluß im Wirtschaftsleben sie noch gewinnen wird. Darum ist der Streit um ihre künftige Stellung im Klassenkampf vorläufig noch mäßig und theoretisch. Mit einer Variante könnte man auf Partei und Genossenschaft ein Goethewort anwenden. Der alte Goethe entrüstete sich eines Tages, daß die Deutschen sich darüber stritten, ob Schiller oder Goethe der größere Dichter sei, und meinte, die Deutschen sollten sich vielmehr freuen, daß sie zwei solch tlichtige Kerle ihr eigen nennen könnten. So kann sich auch das deutsche Proletariat glücklich schämen, daß sich neuen Partei und Gewerkschaft eine solche tlichtige hoffnungsvolle Bewegung gestellt hat, wie es das Genossenschaftswesen nach allgemeiner Vereinigung ist. Die deutschen Arbeiter haben alle Ursache, durch aktive Beteiligung an allen drei Organisationen ihre Befreiung aus materiellem und geistigem Elend zu fördern und zu beschleunigen.

### Miete und Einkommen.

Der Direktor des Schöneberger Statistischen Amtes, R. Kuczynski, veröffentlichte soeben eine hochinteressante Untersuchung über das Verhältnis zwischen Miete und Einkommen, auf Grundlage sämtlicher seitherigen amtlichen Erhebungen in deutschen Städten. Die älteste derartige Untersuchung datiert aus dem Jahre 1867 und wurde veranstaltet vom Leiter des Statistischen Bureaus der Stadt Berlin, Schwabe, dessen Name dadurch unsterblich geworden ist. Schwabe, der Einkommen und Miete der staatlichen und städtischen Beamten Berlins mit einem Gehalt von weniger als 1000 Talerneinerseits und Einkommen und Miete der Einwohnerstypen anderseits verglich, kam dabei schon zu dem Schluss, der nach ihm das "Schwabesche Gesetz" genannt wurde, nämlich, daß je ärmer jemand ist, desto größer ist die Summe, die er im Verhältnis zu seinem Einkommen für Wohnung ausgeben muß. Alle seither in Hamburg, Leipzig, Dresden, Breslau, Magdeburg, Essen, Schöneberg und in einer Reihe sächsischer Kleinst- und Mittelstädte vorgenommenen Untersuchungen haben dieses Gesetz bestätigt, das noch durch das andere ergänzt wird, daß je kleiner die Wohnung, desto teurer, wenn man von den ganz großen Luxuswohnungen absieht, der für den Quadratmeter zu zahlende Mietpreis.

Aber diese weiteren Untersuchungen haben noch ergeben, daß das von Schwabe gefundene Miethverhältnis nicht im Abnehmen begriffen ist, sondern sich verschärft. Für diese Tatsachen sind besonders beweiskräftig die mehrmaligen, von dem Statistischen Bureau der Stadt Hamburg veranstalteten Untersuchungen, die sich über einen Zeitraum von 23 Jahren ausdehnen. Nachfolgende Tabelle gestattet einen Vergleich der Ergebnisse der einzelnen Erhebungen. Es betrug in Hamburg

Einkommen M	Miete in Prozent des Einkommens				
	1867/68	1873/74	1881/82	1890/91	1900/01
900—1200	19,8	20,9	21,9	24,1	24,7
1200—1800	19,9	21,1	18,9	22,2	23,2
1800—2400	20,3	20,9	19,5	22,1	21,8
2400—3000	19,5	19,2	18,8	20,8	20,5
3000—3600	19,6	19,0	17,9	19,1	19,2
3600—4200	19,3	18,2	18,3	18,7	18,3
4200—4800	18,9	17,4	17,2	17,9	17,4
4800—5400	19,2	18,3	18,0	18,0	16,8
5400—6000	18,2	16,7	18,5	17,4	16,6
6000—9000	18,5	15,7	17,3	15,7	15,1
9000—12000	15,4	16,4	16,1	14,2	13,1
12000—18000	13,0	12,1	13,7	11,6	10,9
18000—30000	10,4	9,3	11,2	9,4	8,4
30000—60000	3,7	3,8	3,9	3,3	3,0

Man vergleiche zunächst die senkrechten Entwicklungszahlen. Während die Einkommen von 900 bis 1200 M. bei der letzten Erhebung 1900/01 24,7 Prozent, das ist rund ein Viertel, für Miete bezahlt wurden, sank dieser Betrag bei den Einkommen von 6000 bis 9000 M. auf 16,8 Prozent und bei den höchsten Einkommen von über 60 000 M. auf 3,0 Prozent. Ein Vergleich der Querreihe zeigt, wie dieses Verhältnis mit der Zeit sich immer ungünstiger gestaltet. 1867/68 hatten die Angehörigen der untersten Steuerstufe erst 19,8 Prozent ihres Einkommens als Miete zu bezahlen, 1900/01 dagegen 24,7 Prozent. Umgekehrt hatte sich bei dem Einkommen von über 30 000 M. dieser Prozentsatz erhöht. Er betrug z. B. bei dem Einkommen von 4800 bis 5400 M. im Jahre 1867/68 19,2 Prozent, im Jahre 1900/01 nur noch 16,8 Prozent. Bei dem Einkommen von 18 000 bis 30 000 M. war er von 10,4 auf 8,4 Prozent, bei dem von über 60 000 M. von 3,7 auf 3,0 Prozent gesunken.

Je niedriger das Einkommen, desto höher die Miete und. Die Mietquote ist bei den kleinen Einkommen gestiegen, bei den großen gesunken; das sind die beiden wenig erfreulichen Resultate, zu denen man auf Grund des vorliegenden Materials kommen muß.

### Aus unserem Berufe.

Entwurf für die Verhandlungen in den Ortsrätsämlern zu einem Regulativ des Paritätischen Arbeitsnachweises im Maler- und Lackierergewerbe für den Bezirk 5 (Mitteldeutschland).

Zwischen dem Arbeitgeberverband für das Maler- und Lackierergewerbe und dem Verband der Maler,

### Arbeitslosen-Statistik aus dem 2. Bezirk vom 1. Juli bis 30. September 1910.

Villale	Zahl der Mitglieder	Zahl der Befragten	Zahl der Arbeitslosen			Zahl der Berufen	Zahl der Befragten	Zahl der Tage wegen			Zahl der Tage auf pro Kopf			Bonnverlust			Saisonbedarf pro Tag und Kopf
			mangel	mangel	mangel			mangel	mangel	mangel	mangel	mangel	mangel	mangel	mangel	mangel	
Cassel . . . .	564	523	45	—	8	15	702	—	126	1,6	15,6	15,7	3142,06	568,00	3710,06	4,48	
Darmstadt . . . .	717	597	57	—	40	28	672	—	604	2,1	11,8	16,1	3242,40	2986,30	6228,70	4,88	
Frankfurt a. M. . . .	2571	2227	144	—	57	28	854	—	601	0,6	6,0	10,5	4359,45	8024,03	7383,48	5,06	
Mainz . . . .	585	530	43	—	24	40	719	—	302	1,9	16,7	12,6	3537,48	1485,84	5023,32	4,92	
Wiesbaden . . . .	870	870	167	—	18	41	2529	—	827	3,8	15,1	18,0	12047,00	1664,30	13711,30	4,80	
Juli																	
Cassel . . . .	576	486	61	1	9	21	1230	8	106	2,8	19,8	11,8	5367,83	842,58	6210,41	4,62	
Darmstadt . . . .	718	681	40	—	23	47	505	—	617	1,6	12,6	18,7	2451,00	3007,60	5458,60	4,86	
Frankfurt a. M. . . .	2622	1851	115	—	40	28	646	—	481	0,6	5,7	12,0	5660,34	1347,40	5007,74	5,10	
Mainz . . . .	555	525	49	—	41	37	833	—	486	2,4	17,0	11,4	4128,35	2306,70	6430,05	4,96	
Wiesbaden . . . .	860	860	142	—	18	26	1764	—	250	2,3	12,4	14,0	8938,30	1269,72	10208,02	5,06	
August																	
Cassel . . . .	580	493	34	—	7	21	807	—	95	1,8	28,7	13,6	3478,35	582,04	4010,39	4,44	
Darmstadt . . . .	716	653	38	—	83	41	425	—	533	1,4	11,0	18,0	2082,90	2606,70	4688,60	4,88	
Frankfurt a. M. . . .	2657	2062	90	—	34	46	1174	—	369	0,7	13,0	10,8	6048,54	2067,27	8115,81	5,02	
Mainz . . . .	586	516	88	—	42	54	1168	—	709	3,6	17,1	18,8	5758,24	3495,37	9253,61	4,93	
Wiesbaden . . . .	860	860	120	—	17	18	1698	—	255	2,2	14,1	15,0	8297,90	1288,80	9586,70	4,90	
September																	
Cassel . . . .	580	493	34	—	7	21	807	—	95	1,8	28,7	13,6	3478,35	582,04	4010,39	4,44	
Darmstadt . . . .	716	653	38	—	83	41	425	—	533	1,4	11,0	18,0	2082,90	2606,70	4688,60	4,88	
Frankfurt a. M. . . .	2657	2062	90	—	34	46	1174	—	369	0,7	13,0	10,8	6048,54	2067,27	8115,81	5,02	
Mainz . . . .	586	516	88	—	42	54	1168	—	709	3,6	17,1	18,8	5758,24	3495,37	9253,61	4,93	
Wiesbaden . . . .	860	860	120	—	17	18	1698	—	255	2,2	14,1	15,0	8297,90	1288,80	9586,70	4,90	

Lackierer, Anstreicher, Lücher usw. in . . . wird für die Dauer des Tarifes ein paritätischer Arbeitsnachweis errichtet.

Dieser tritt am . . . in Kraft.

§ 1. Die Geschäftsstunden des Arbeitsnachweises sind: vormittags von . . . bis . . . Uhr, abends von . . . bis . . . Uhr. (Sonntags findet kein Nachweis statt.)</

## Tabellarische Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben sämtlicher Stellen für das 3. Quartal 1910.

# Abrechnung der Hauptfasse über das 3. Quartal 1910

Ch. 15

	<i>M</i>
Für Beiträge . . . . .	813 017.45
" Eintrittsmarken à 1 M . . . . .	5 236.—
" " à 50 " . . . . .	4.—
" Duplikate . . . . .	63.—
" Kalender und Protolle . . . . .	870.50
" Extramarke . . . . .	28 863.—
Sonstige Einnahmen in den Sälen . . . . .	59.63
Zinsen der Hauptkasse . . . . .	5 744.80
Verband der christlichen Maler . . . . .	50.—
Swinemünde . . . . .	25.—
Sonstige Einnahme der Hauptkasse . . . . .	24.73

Musings

Ausgabe:	<i>M.</i>
Bon der Hauptklasse:	
Agitation . . . . .	10 529.50
"Vereins-Anzeiger" . . . . .	11 675.46
"Oswiata" . . . . .	206.74
Kosten des Haupt- und der Gaukantäfte . . . . .	2 569.90
Konferenzen und Delegationen . . . . .	1 426.60
Beitrag an die Generalkommission . . . . .	1 558.48
" Berstkommission . . . . .	38.40
Gehälter der Vorstandsmitglieder . . . . .	2 087.50
Hilfsarbeiter . . . . .	1 575.—
Vorstand und Revisoren . . . . .	83.50
Versicherungshilfträge der im Hauptbüro Beschäftigten . . . . .	54.—

	M
Ausschuß . . . . .	100.—
Drucksachen und Stempel . . . . .	958.50
Schreibmaschine . . . . .	800.—
Miete, Reinigung u. Saugung des Büros . . . . .	244.52
Porto . . . . .	305.98
Fernsprechgebühren . . . . .	28.10
Feuerversicherung . . . . .	5.60
Sonstige sachliche Verwaltungskosten . . . . .	551.81
Kauf und Aufbewahrung von Wertpapieren . . . . .	46.05
Von den Filialen:	
Streikunterstützung . . . . .	20 167.88
Krankenunterstützung . . . . .	21 771.20
Reiseunterstützung . . . . .	85.70
Sterbeunterstützung . . . . .	8 595.—
Gemäßregeltenunterstützung . . . . .	594.40
Rechtsschutz . . . . .	135.58
Gehälter der Filialangestellten . . . . .	19 047.90
Versicherungsbeträge der Filialangestellten . . . . .	351.34
Sonstige Ausgaben in den Filialen . . . . .	161.20
In den Filialen verblieben . . . . .	105 498.45

Gummia . . . . .	205 754.26
Bilanz:	
Einnahme . . . . .	353 958.11 M
Ausgabe . . . . .	205 754.26 "

Ergibt eine Mehreinnahme im 3. Quartal 148 203.85 M.  
Berichtigung  
In der in Nr. 39 des „Ver.-Ausz.“ veröffentlichten Abrechnung muß es heißen: Für Agitation 10 907.65 Mr. und an die streitenden Kollegen in Budapest 1000 Mr. — statt für Agitation 11 907.65 Mr.

# Abrechnung über den „Bereits-Münzgeld“

vom 3. Quartal 1910.

Einnahme:	
Von der Hauptklasse . . . . .	11 675.46 M
Für Annoncen . . . . .	743.33 "
" Beiträgen . . . . .	575.20 "
" Abonnement . . . . .	295.36 "

Ausgabe:	
Druck, Satz und Papier . . . . .	8 504.95 M
Expedition . . . . .	2 705.67 "
Mitarbeiter . . . . .	576.70 "
Gehälter . . . . .	1 325.— "
Versicherung . . . . .	18.— "
Abonnements auf Zeitungen . . . . .	34.53 "
Buchbinder . . . . .	24.50 "
Miete . . . . .	100.— "

Nebenliegend und für richtig befund

Hamburg, den 16. November 1910.

Magdeburg. (Zur Situation.) Nachdem die mehrere Jahre anhaltende Depression des gesamten deutschen Wirtschaftslebens einigermaßen vorüber ist und in vielen Orten einer aufsteigenden Konjunktur Platz gemacht hat, kann auch von hier festgestellt werden, daß sich im Bau-gewerbe in diesem Jahre und besonders im Herbst eine lebhafte Tätigkeit entfaltete. Dieser wirtschaftliche Aufschwung hat der Städte erfreuliche Fortschritte gebracht.

wie folgende Zahlen zeigen. Die Mitgliederzahl betrug am Schluße des 3. Quartals 1906 370 Mitglieder; 3. Qu. 1907 332 Mitgli.; 3. Qu. 1908 313 Mitgli.; 3. Qu. 1909 451 Mitgli. und 3. Qu. 1910 537 Mitglieder. Während in den Jahren 1906/08 infolge der bekannten Aussperrungsära ein Mitgliederrückgang eintrat, hat die Zahl in den folgenden Jahren eine wesentliche Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen. Maßnahmen wurden ge-

macht; 1906: 137, 1907: 135, 1908: 116, 1909: 264 und bis 1. Oktober 1910: 267 Aufnahmen. Am Schlusse des 3. Quartals 1910 hatten 491 Mitglieder, unter Einbeziehung von 31 beitragsfreien Märsken, volle 18 Wochen Beiträge geleistet, gegen 382 im Vorjahr. Die im 3. Quartal aufgenommene Statistik über die Angehörigkeitsdauer der Mitglieder zur Organisation ergab von 521 Mitgliedern folgendes Resultat: 1 Mitglied 20 Jahre

4: 16 J., 2: 14 J., 3: 13 J., 9: 12 J., 13: 10 J., 10: 9 J., 15: 8 J., 16: 7 J., 23: 6 J., 18: 5 J., 34: 4 J., 26: 3 J., 45: 2 J., 81: 1 J. und 213 Mitglieder unter 1 Jahr.

Die Ernennung des früheren Magdeburger Oberbürgermeisters Dr. Lenke zum preußischen Kanzlerminister hat auch ihre Einwirkung auf das hiesige Ortsamt ausübt, da wir durch fortwährende Verlegung verschiedener Kommunalbeamten nunmehr den viersten Vorsitzenden erhalten. Die letzte Sitzung am 25. Oktober beschäftigte sich mit einigen Fällen von Schmutzkonkurrenz und Pfuscharbeit. Außerdem war unweit beobachtet worden, eine Festlegung des Mehraufwandes bei auswärtigen Arbeiten ohne Übernahme vorzunehmen und den am 1. Juli vom Arbeitgeberverband widerrechtlich und eigenmächtig aufgebotenen paritätischen Arbeitsnachweisen dem städtischen Nachweis anzustellen. Während man sich seitens der Arbeitgeber mit allen möglichen Ausflüchten um diese letztgenannten Fragen herumzudrehen versuchte, verlangte man unweit beobachtet die strikteste Einhaltung des Reichstarifes, speziell in der Frage der Schmutzkonkurrenz. Solange die Arbeitgeber nicht an die Erfüllung der im Vertrag vorgeesehenen Bestimmungen denken, werden wir uns in Zukunft unsre Stellungnahme bei gewissen Fragen im Ortsamt vorbehalten. Der in Nr. 46 des "Maler" erschienene Artikel bestätigt unsre Ansicht vollständig, denn nach dem Schlussresümee will man keinen Arbeitsnachweis, obwohl die Verwaltung des städtischen Arbeitsnachweises bereitwilligst Entgegenkommen gezeigt hat. Die weiteren Ausführungen, das auf dem früher bestandenen paritätischen Nachweis nur unbrauchbare, invalide und alte Gehilfen vermittelten worden wären, sind völlig haltlose Behauptungen und lassen wohl in der Haupthöhe nur eine Verlegenheitssause des begangenen Vertragsbruches vorstellen. Folgende Zahlen geben Rückschluss über die Vermittlungsfähigkeit des vom 1. April bis 1. Juli 1910 bestandenen paritätischen Arbeitsnachweises.

Monat	Offene Stellen	Eingeschriebene Arbeitskräfte	Besetzte Stellen
April . . . . .	164	127	113
Mai . . . . .	75	144	72
Juni . . . . .	74	115	70
<b>Summa . . . . .</b>	<b>313</b>	<b>386</b>	<b>255</b>

Ein Mangel an Arbeitskräften war nur im April zu verzeichnen, was auch auf dem städtischen Nachweis der Fall war, während in den andern Monaten der Arbeitgeberverband nicht in der Lage war, die vorhandenen Arbeitskräfte beschäftigen zu können. Von den insgesamt 313 offenen Stellen waren außerdem noch eine größere Anzahl auswärtige Stellen, so daß auf die 386 eingeschriebenen Arbeitskräfte nur 212 offene Stellen um Orte entfielen. Mit einer gewissen Unberechtigung erklärt man in der Arbeitgeberpresse diese 212 Gehilfen als unbrauchbare, mangelhafte, invalide und zu alte Arbeitskräfte.

Die im Laufe des Sommers zwischen der freien Sitzung und dem Gehilfenausschuß geführten Verhandlungen zwecks Abschlusses eines Tarifes scheiterten infolge des rückständigen und zünftlichen Verhaltens des Innungsverstandes; man wollte von einer Feststellung der Sommerarbeitszeit nichts wissen. Nebriktens eine sehr wichtige Frage, da speziell in den Innungsbüroffächen noch die verschiedenartigsten Arbeitszeiten bestehen. Eine von der Verbandsleitung mit den einzelnen Meistern versuchte Verständigung verlief ebenfalls resolutlos, da dieselben auf höhere Anweisung hin nichts mit dem Verband zu tun haben wollten. Interessant war auch das Verhalten des Innungsverstandes bei den Verhandlungen. Dem Gehilfenausschuß mutete man zu, einfach ohne die Gehilfenschaft zu befragen, einen Tarif anzuerkennen resp. zu unterschreiben, während man den Vorschlag des Gehilfenvorstandes auf Festlegung einer bestimmten Sommerarbeitszeit für so wichtig hielt, den Innungsverstand nicht für kompetent zu halten und erst eine Meisterversammlung befragen zu müssen. Eine im September stattgefundenen öffentliche Gehilfenversammlung hat dieses Anstalten des Innungsverstandes mit Entrüstung zurückgewiesen und den Gehilfenausschuß beauftragt, nur einen durch eine öffentliche Gehilfenversammlung beschlossenen Tarifvertrag anzunehmen. Wie wir aus bestimmter Quelle wissen, sind in der letzten Innungsversammlung besonders die Meister, welche Gehilfen beschäftigen, für Regelung der Arbeitszeit gewesen, während die in der Mehrzahl befindlichen Wortschriften, unter Leitung des Obermeisters, dagegen waren, obwohl sie das ganze Jahr hindurch keine oder nur tageweise Gehilfen beschäftigen.

Auch das hiesige Ortsamt scheint es dem Innungsverstand angetan zu haben, da dasselbe auch über ein Innungsmitglied wegen Schmutzkonkurrenz verhandelt resp. dasselbe verwirkt und auf die weiteren Folgen außer Acht gemacht hatte. Das hiesige Malergewerbe hat ganz besonders unter diesen Auswüchsen zu leiden, so daß auch die Freie Sitzung alle Ursache hat, diesen Krebschäden beseitigen zu helfen. Statt dessen nimmt der Innungsverstand, wahrscheinlich um das Handwerk zu "heben", verschiedene seiner systematisch Preisunterbietung treibenden Mitglieder noch in Schutz. Wir greifen heute nur die Innungsfirma Kießling, Hohefortestraße, heraus, die bei Vergebung von Malerarbeiten in der Kunstgewerbeschule und auf dem Bahnhof Rothensee als billigste auftrat. Die höchsten und niedrigsten Angebote waren im ersten Falle 3244 M., gegen 1849 M., im zweiten Falle 2786 M. gegen 1344 M. Die Verwarnung dieser Firma durch das Ortsamt hat nun den Innungsverstand gewaltig in Aufregung versetzt, wie aus folgender Stelle eines Innungsversammlungsberichtes im Magdeburger "General-Anzeiger" zu entnehmen ist: "Eine längere Aussprache beschäftigte sich mit dem Submissionswesen und der Schmutzkonkurrenz. Bei dieser Gelegenheit wurde auch gegen das hier bestehende sogenannte Ortsamt bestellung genommen. Insbesondere wurde das ungesetzliche Vorgehen des Ortsamtes in Betracht gezogen. Der Vorstand wurde einstimmig beauftragt, Schritte zu unternehmen, welche der Ausmischung wirklich entgegnetreten. Der Vorstand wird beim Magistrat vorstellig werden, daß dem Ortsamt der amtliche Titel entzogen wird."

Diese Ausführungen kennzeichnen den Geist des Innungsverstandes. Das Ortsamt unter Vorstand eines

Touristen hat sich noch keine ungesehlichen Handlungen erlaubt, wohl aber ist es bisher bestrebt gewesen, die auch auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gehilfen einwirkenden Schäden der Schmutzkonkurrenz zu beseitigen. Am lächerlichsten wirkt aber die Schlußbemerkung. Dem Ortsamt ist es bisher noch nicht eingefallen, sich amtliche Eigenschaften anzumaßen, sondern es wird wie in allen anderen Orten zur Überwachung und Durchführung des Reichstarifes dienen und trotz aller Drohungen der Innungshelden mit dem Stadtvorstand bestrebt sein, diesen mit zur Hebung des Malergewerbes dienenden Bestimmungen Geltung zu verschaffen. Die Freie Sitzung hat allerdings auf diesem Gebiete totale Unfähigkeit bewiesen.

Die Entwicklung der zur Filiale gehörigen Zahlstellen ist in diesem Sommer ebenfalls eine günstige gewesen, besonders dadurch, daß die einzelnen Zahlstellenvorstände ihre volle Pflicht und Schuldigkeit im Interesse der Organisation getan haben. Hoffen wir, daß diese als Beispiel geltende Tätigkeit sich mehr und mehr in der breiten Masse unserer Kollegen Eingang verschafft, um die einzelnen Ortsverwaltungen tatkräftig unterstützen zu können. Die bisherige günstige Entwicklung muß ein Ansporn für jeden überzeugten Kollegen sein, nicht nur Beiträge zu zahlen, sondern auch tätig an der Entwicklung unsres Verbandes mitzuverarbeiten, dann werden wir weitere Fortschritte verzeichnen können. Deshalb haben alle Kollegen, sowohl in der Filiale wie in den Zahlstellen, die Pflicht, für zahlreiche Versammlungen zu sorgen, derlei oft zu wünschen übrig läßt. Der bevorstehende Verbandstag wird uns genügend wichtigen Stoff verschaffen.

**Mannheim-Ludwigshafen.** Am 7. November fand die Generalversammlung für das dritte Quartal 1910 statt. Aus dem vom Kollegen Nehl erstatteten Geschäfts- und Kassenbericht ist folgendes zu entnehmen: Die Konjunktur im 3. Quartal hat sich teilweise verschlechtert, was auch schon aus der Bautätigkeit ersichtlich ist. Es wurden in Mannheim 3. B. hergestellt Neubauten 71 (71), Neubengebäude 2 (3), Umbauten 2 (4), kleine bauliche Änderungen 73 (91). Die eingekammerten Räumen beziehen sich auf das vorherige Quartal. An Arbeitslosenzählten wir im Juli 89, August 25, September 39, zusammen 153 Kollegen. Diese 153 Kollegen waren zusammen 1601 Tage arbeitslos und hatten einen Lohnverlust von 8159.50 M. Erkrankte Kollegen hatten wir 76 mit 1175 Tagen und einem Lohnverlust von 5900.62 M. Die Geschäfte der Filiale wurden in 8 Vorstandssitzungen erledigt. Die Korrespondenz verzögerte 134 Eingänge und 131 schriftliche Ausgänge (darunter 1115 Drucksachen), außerdem wurden im Bureau in 27 verschiedenen Sachen in einer Auflage von 4097 Exemplaren Handzettel und Broschüren angefertigt. Mitgliederversammlungen fanden in Mannheim und Ludwigshafen 6 statt, außerdem zwei öffentliche Versammlungen mit Kollegen Zimmermann-Frankfurt als Referenten, 1 öffentliche Verhandlung in Frankfurt als Referenten, 1 öffentliche Lackiererversammlung in Mannheim mit Kollegen O. Meyer-München als Referenten. Werkstattversammlungen fanden 23 statt, Fabrikversammlungen 9. Außerdem eine Reihe von Versammlungen in den Zahlstellen. Vertrauensmännerversammlungen wurden 2 abgehalten. Hausagitation wurde an 8 Sonntagen vorgenommen. Neuauftnahmen wurden 60 gemacht. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des dritten Quartals nach Abzug von 78 abgerechnet, 8 geschrieben und 3 ausgetretene Kollegen 667 Mitglieder. Die Ortsräte in Mannheim und Ludwigshafen hatten sich hauptsächlich mit der Regelung des leidigen Frühstücks, eines Falles von Schmutzkonkurrenz in Ludwigshafen und dem Arbeitsnachweis zu beschäftigen. Die Frühstücksangelegenheit wurde teilweise befriedigend erledigt. Der Fall von Schmutzkonkurrenz mußte seitens der Gehilfenvertreter und auch des Vorstandes abgelehnt werden, weil nach eingehender Prüfung die Sachlage in diesem Falle ein Vorgehen nicht gerechtfertigt erschien. Die Arbeitgeber waren anderer Ansicht. Dieser Fall wurde zwar vor das Gauamt Frankfurt a. M. gebracht, mußte aber wegen Unzuständigkeit abgelehnt werden. Die Arbeitsnachweisangelegenheit ist immer noch nicht erledigt. Obwohl die Stadt weitgehend Entgegenkommen zeigt, wird von der Meistervereinigung die Angelegenheit fortführend verfolgt. Hoffentlich findet im vierten Quartal diese Angelegenheit endlich ihre Erledigung. Über die Einhaltung des Tarifes wurden uns im allgemeinen wenig Klagen bekannt. Allerdings finden sich immer noch Unternehmer, die den Tarif umgehen möchten, leider erfährt man das immer zu spät. Der von uns errichtete und vom Kollegen B. Zimmermann geleitete Holz- und Marmorkursus erfreut sich einer zahlreichen Beteiligung der Kollegen. Der am 8. August unternommene Ausflug nach Neustadt a. S. verlief für die Teilnehmer sehr befriedigend; die Beteiligung steht allerdings zu wünschen übrig. Auch der Besuch der Versammlungen dürfte im allgemeinen ein beschränkt sein. Punkt 2: Kassenbericht. Es betrugen die Einnahmen inklusive eines Kassenbestandes von 1461.80 M. 6248.25 Mark, die Ausgaben 4491.24 M. Der Kassenbestand am 1. Oktober 1857.01 M. Die Beitragseistung ist im allgemeinen eine befriedigende, wenn es auch immer noch einige notorische Beitragserstanben gibt. Zusätzlich wurden 7743 Marken und zwar vom angestellten Einlasserer 6342, im Bureau 558 und in den Zahlstellen 863 Marken verbraucht. Es hatten somit von 667 Mitgliedern 600 (infl. 48beitragsfreie Marken) volle 13 Wochen bezahlt. Neben den 8. Punkt: "Weltanschauung in Brüssel" berichtete der Kollege Böttger. Er schilderte in eingehender Weise den imponierenden Eindruck, den Brüssel und die Weltausstellung sowie die Erzeugnisse der Nationen auf den Besucher machen und resümierte dahin, daß es die Arbeiter sind, die alle diese Werte schaffen, ohne in den Besitz derselben zu gelangen und daß es deshalb notwendig sei, an dem Ausbau der gewerkschaftlichen und politischen Organisation zu arbeiten, um baldigst den Zeitpunkt herzuführen, wo auch der Arbeiter in den Genuss dieser Erzeugnisse kommt. Mit dem Hinweis, daß die Kollegen etwas mehr wie bisher sich an den Organisationsarbeiten beteiligen möchten, wurde die nur mäßig besuchte Versammlung geschlossen.

freien Gewerkschaften. Es erhielten Stimmen: Liste 1 (der freien Gewerkschaften) 80 621 Stimmen (gegen 75 958 bei der letzten Wahl); Liste 2 (der Christlich-Nationalen) 2324 Stimmen (gegen 2766); Liste 3 (des Allgemeinen Metallarbeiter-Verbandes Wiesenthal) 2644 Stimmen (gegen 529); Liste 4 (Hirsch-Dünker) 2972 Stimmen (gegen 3732). Es entfielen gemäß diesem Stimmenverhältnis auf die freien Gewerkschaften 64 Stimmen, auf die übrigen je 2. Außfällig könnte sein, daß das bedeutungslose Wiesenthaler Verbändchen so viel Stimmen auf seine Liste vereinigte, wenn man nicht eine sehr einfache Erklärung dafür geben könnte. Die Listenverteiler des Wiesenthal boten den Wählern die Listen mit der Empfehlung an: "Hier die Liste des Metallarbeiter-Verbandes!" Darauf fielen viele Wähler herein und gaben diese Listen in dem guten Glauben ab, daß sie vom Deutschen Metallarbeiter-Verband (Zentralverband) bzw. für die vom Berliner Gewerkschaftsrat aufgestellte Liste stimmen. Anders wäre ja auch der Stimmenzuwachs von über 2000 nicht zu erklären, der somit noch der Liste 1 zuzurechnen wäre. Die unehrliche Manipulation der Wiesenthaler wird ihr Unsehen in der Berliner Arbeiterschaft nur noch tiefer setzen lassen — soweit das noch möglich ist.

Ein edler Mensch. Bedauernlich ist es journalistischer Brauch geworden, berühmte Männer und Frauen auszufragen und die von ihnen ausgeprägte Weisheit dröhnlöscher zu schätzen. So hat denn auch eine Berliner bürgerliche Zeitung Gelegenheit genommen, den berühmten Streikbrecher Herrn Huppeling hinzu zu fragen, zu lassen. Dieser Hoffnungsvolle junge Mann von 21 Jahren, der berufsmäßiger Streikbrecher und Streikbrecheragent ist, war in den letzten Wochen für die Firma Lupfer & Co. in Moabit tätig. Es sind wahre Goldfärner, die er zugute förderte, und da uns seine Worte einen tiefen Einblick gewähren in das Gemüt eines modernen Streikbrechers, so drücken wir die Gedanken eines schönen Sees hier wortgetreu ab. "Ich breche jeden Streik," so begann der edle Huppeling. "In acht Tagen kann ich leichtstaufend Mann uss die Peine bringen. Wenn ich mir meine Leute aussuche, seh ich erst druss, det se ne jute Handschrift schreiben mit de Ballfelle (d. h. gut prügeln können), det is die Hauptheile, denn leß und ließt müssen wir sind. Seh n. Se sich da drüber det Siebenmonatskind an", sagte er, auf einen Riesen von mindestens sieben deutend, "wenn der eenen ne Wucht gibt, denn bleibt kein Doge drocken. Wir müssen so'ne Leute haben, denn wir werd'n selbstverständlich immer angespiessen von de Organisierten, und da ist es denn besser, wenn wir selbst anfangen und die Bande vertabacken. Mir kribbelts in allen Fingern, wenn ic dreschen seh", na, ich habe in die Klosterr Straße nich schlecht gewichst. Nielen Se sich mal die Hand an, mit die schlag ic einen fünfzölligen Nagel durch den Tisch, janz ohne Hammer. Meine Hauptaufgabe is nich Streik zu brechen, sondern Streik zu verhindern. Det wird so gemacht. Man heert wat mindesten von son Streik, jetzt bei de Fabrikleitung und frachet se, ob se det Ding jeschoben haben wollen. Seh n. Se, denn wer'n nic erst zehn von meine Leite infestellt und die astlichen unter de andern Arbeiter, von den immer en rohen Prozentsatz vor den Streik nies is, weil se det Arbeitslohn netlich brauchen. Meine Leite suchen sich nu den Waträusmann von de Gewerkschaft aus un den wirn wird er rauszieh'n. Det machen wa sehr vornehm. Der Mann wird nich fernahret, det wird ja heiss Blut machen. Er kriegt nur plötzlich eens in de Fresse geslagen. Wenn er denn looft und sich beschwert, wird ihm gesagt: "Mensch, det lebt uns nicht an, det is een richtig Arbeiter, den kennen wa nich entlassen, weil er der eine gelebt hat." Seh dem der Vertrauensmann nich von selba, denn jid's noch eene von en andern, wenn er die aber sitzen hat, denn looft er." "Ich hab," so fuhr Huppeling fort, "meinet Stamm Leite, uss die ic mir verlassen kann. Ich weiss ja, det et manchmal doch nich klapp't und det man selbst Sengen beziehn kann. Wie wa uss die Automobilfabrik gearbeitet haben in Delmenhorst, haben se einen von meine Leite erschossen, dadraff sind wa alle vorbereitet, det een ma wi passiert dabei. Aber det is gleich, wir machen det zum Almesemang. De Kerls kriegen nicht mehr bezahlt, als wie wenn een gewöhnlicher Arbeiter bezahlt kriegen würde, aber die Gefahr, die reizt se, un die Uffrejung un det se Wichen dirken und det se unjerstrafe los haun können, det de Fechen fliegen, det reizt se. Von fufzehn Streiks, die ic gemacht habe, habe ic nur zwee verloren, det war in Sachsen. In Sachsen is de Polizet zu schlapp."

Jede Bemerkung unsererseits würde nur den Eindruck dieser goldenen Worte ab schwächen. Dennoch aber fühlen wir uns im Interesse der Wahrheit verpflichtet, die sächsische Polizei gegen den Vorwurf der Schlappheit in Schuß zu nehmen. So genüglich die Sachen auch sonst sind, die sächsische Polizei hat noch immer gezeigt, daß sie forsch vorgehen kann, wenn es sich darum handelt, streikende Arbeiter unterzulöppeln und das Streikbrecherindividuum zu schüren. Wir könnten ihren Schmerz über den Vorwurf, daß sie zu schlapp sei, nachfühlen und darum erklären wir diesen Schlappse der sächsischen Polizei noch zu wenig.

Nicht der Name tut es, sondern die Leistung! Auf dem Festmahl zur Feier des Jubiläums der Berliner Universität hat der Reichslandrat von Bethmann-Hollweg, der Philosoph auf dem Ministerstuhl, wie man ihn ironisch genannt hat, eine Rede gehalten, die gar nicht so übel klängt. So sprach er u. a. den guten Gedanken aus, daß, wer immer und auf welchem Gebiete es sei, um den geistigen Fortschritt der Menschheit ringt, an der Größe der Nation mitarbeitet und daß es bei der geistigen Arbeit nicht auf den Namen ankomme, sondern auf die Leistung. Ein treffliches Wort, dem aber leider die preußische Praxis direkt ins Gesicht schlägt. Kenner der Verhältnisse haben schon längst darauf hingewiesen, daß die preußische Regierung nicht auf Leistung und Kenntnis sieht, sondern auf eine gute konervative Gesinnung. Schon vor einem Jahrzehnt sagte der verstorbene Reichstagabgeordnete Münnich einmal: "Wir wissen ja längst, daß die Besitzung zu hohen Staatsämtern von einer konservativen Gesinnung abhängt.

## Gewerkschaftliches und Soziales.

Die Wahlen der Arbeitnehmerverbände zum Berliner Gewerbege richt ergaben ein glänzendes Resultat für die

Nicht einmal nationalliberale Gesinnung genügt. Die Konservativen sind an der Krippe. Die Nationalliberalen können zusehen, und wir werden weggejagt, die Sozialdemokraten natürlich erst recht. Das ist keine Gleichheit vor dem Gesetz. Sind denn konservative Gesinnung und Besiegung gleichbedeutend?" In ähnlichem Sinne wie Münchel vor zehn Jahren hat der Abgeordnete Wassermann am 1. Oktober auf dem Nationalliberalen Parteitag in Kassel auf den eigentümlichen Umstand hingewiesen, daß seit geheimer Zeit der liebe Gott die Begabung immer nur nach der konservativen Seite zu erteilen scheine.

Das ist ja allbekannt, und wer heute noch an die Säze der preußischen Verfassung glaubt: "Alle Preußen sind vor dem Geiste gleich. Standesvorrechte finden nicht statt. Die öffentlichen Räume sind unter Einhaltung der von den Gesetzen festgestellten Bedingungen für alle dazu Besitztigen gleich zugänglich", der wäre reif fürs Irrenhaus. Deshalb lacht auch ein verhüllter Mensch über das Wort des Reichskanzlers: "Nicht Name, sondern Leistung!" Man sieht daraus, mit welcher Dreistigkeit die Leute in den höheren Regionen die Würde auf den Kopf stellen. Nebrigens fällt uns hierbei ein, daß die Berliner Universität dem deutschen Kaiser den Doktorstitel der juristischen Fakultät verliehen hat, daß also der Kaiser fortan berechtigt ist, sich Dr. iur. Wilhelm II. zu nennen. Dieser komische Vorgang legt die Frage nahe, wo denn die Leistung des neuen Doktors im Gebiete der Jurisprudenz zu suchen ist. Wenn man ihn zum Doktor der Theologie gemacht hätte, so hätte das seine Berechtigung, da Wilhelm II. bekanntlich aus seinen Nordlandsreisen allsonntags vor der Schiffsmannschaft eine Predigt hält, also theologische Leistungen verrichtet; aber seine Leistung in der Juristerei — — — da wird es denn doch wohl der Name sein, der ihm den Doktorstitel eingebracht hat.

## Arbeiterversicherung.

**Verbesserung der Unfallverhütung.** Einer Darstellung des Reichsversicherungsamtes über den gegenwärtigen Stand der Unfallverhütung ist zu entnehmen, daß nunmehr sämtliche Berufsgenossenschaften — auch die land- und forstwirtschaftlichen — Unfallverhütungsvorschriften eingeführt haben. In den letzten Monaten ist eine Kommission eingesetzt worden, die aus Vertretern von Berufsgenossenschaften, technischen Mitgliedern des Reichsversicherungsamtes und Abgeordneten einiger bundesstaatlichen Regierungen besteht und deren Aufgabe es ist, unter Berücksichtigung der geänderten Gefahrenverhältnisse neue Normalvorschriften aufzustellen. Diese sollen auch den mehr und mehr hervortretenden, auf Vereinfachung von Form und Inhalt der Vorschriften gerichteten Wünschen Rechnung tragen. Am 1. Juli 1910 waren bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 339 Stellen für technische Aufsichtsbeamte besetzt. Im Jahre 1909 sind etwa 280 000 Betriebsrevisionen ausgeführt worden. Bedeutet man, daß ca. 725 000 zu revidierende Betriebe vorhanden waren, so ergibt sich, daß immerhin nur erst ein reichliches Drittel der Betriebe kontrolliert worden ist. Bei den land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ist das Aufsichtsamt bisher nur wenig ausgebildet. Die Zahl der revidierten Betriebe wird gar nicht ermittelt. Bei der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Königreich Sachsen wird ein großer Teil der mitgezählten Revisionen dadurch vorgenommen, daß die Gutsbesitzer von dem Revisionsbeamten vor einer bestimmten Stelle (Gemeindeamt usw.) geladen werden, wo sie die Unfallverhütungsvorschriften ausgehändigten erhalten. Das Reichsversicherungsamt versichert, daß es sich bemüht, auch die land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften von der Notwendigkeit einer genügenden Überwachung der Betriebe zu überzeugen. Wie wenig erfreut manche Unternehmer von den Betriebsrevisionen sind, geht daraus hervor, daß die Beschwerden von solchen, die wegen Zuwidderhandlungen gegen die Unfallverhütungsvorschriften bestraft worden sind, im erheblichen Steigen begriffen sind. Im Jahre 1909 hatte sich das Reichsversicherungsamt mit 2006 solcher Beschwerden zu befassen. Es mußte zur Erfüllung solcher Sachen ein neuer, besonderer Senat des Amtes gebildet werden.

## Aus Unternehmertreissen.

Eine Radikalität zur Rettung des Handwerks empfiehlt ein Artikelschreiber in der Zeitschrift "Der Hammer". Er geht von der Voraussetzung aus, daß das Handwerk deshalb zugrunde gehen müsse, weil der genügende Nachwuchs an Lehrlingen fehle. Die jungen Leute ziegen es vor, in die Fabriken zu gehen und die Handwerkmeister hätten das Nachsehen. Er verlangt deshalb nicht mehr und nicht minder als ein gesetzliches Verbot, junge Leute unter 17 Jahre in gewerblichen Großbetrieben zu beschäftigen. Dadurch würden mehrere Hunderttausende von jungen Leuten männlichen und weiblichen Geschlechts dem Handwerk zugeführt. Wir nehmen von diesem Vorschlag nur Notiz, weil er ein grotesk-komisches Spiel ist, von dem, worauf die biederer Handwerksschreiter verzerrt. Bekannt ist ja, daß gerade von den Handwerkern die Lehrlingszüchterei im großen getrieben wird, worunter natürlich die gründliche Ausbildung der Lehrlinge leidet. Nebrigens wird man sich hüten, durch gegebenenfalls diese Maßnahmen diese Lehrlingszüchterei noch zu unterstützen.

## Vom Ausland.

**Österreich.** Reichenberg. Der Lohnkampf dauert hier ungeschwächt fort. Zugang ist strengstens fernzuhalten!

In Wiener Neustadt sind noch die Werkstätten Korb & Leitner und Höhly & Grabeck gesperrt.

**Schweiz.** Für Maler sind gesperrt: Waldsanatorium in Arrofa.

## Amerikanische Zeitbilder.

II.

Ausstände und Ausflüge waren im ganzen laufenden Jahre vorhanden, hauptsächlich in der Kleiderbranche, wo größtenteils Frauen und Mädchen (russische

Filidinnen) davon betroffen waren. Die Kämpfe wurden siegreich durchgeführt. Vor kurzer Zeit schilderte eine englische kapitalistische Zeitung die traurige Lage der Verkäuferinnen in den großen Warenhäusern mit der Bemerkung, die Inhaber, die sich so oft als Wohltäter ausspielen, sollten doch darauf achten, daß die armen angestellten Verkäuferinnen eine angemessene Bezahlung erhalten. Wie es mit der Bezahlung aussieht, zeigt folgender Bericht von Fr. M. van Klecker, Sekretärin der Abteilung der "Russel Sage"-Stiftung (von der Tochter des verstorbenen Geizhalses und Milliardärs errichtet, die jetzt in Wohltätigkeit macht) über die Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. Danach verdienen die weiblichen Fabrikarbeiter der Mehrzahl nach nur unter günstigen Konstellationen genug zur Deckung der dringendsten Lebensbedürfnisse und aktuelle Not tritt ein, wenn sie aus dem einen oder dem andern Grunde ihre Beschäftigung verlieren. Auch wird, soweit sie in Betracht kommen, daß staatliche Arbeitergesetz in der flagrantesten Weise verletzt. Fräulein van Klecker hatte ihren Darlegungen den Bevölkerungszensus vom Jahre 1900, den Fabrikzensus vom Jahre 1905 sowie die Erhebung von privaten Verbänden zu grunde gelegt. Zur Illustration der Löhne und der Kosten der Lebenshaltung führte sie die Ausgaben und den Verdienst einer Kleidermacherin an für die Dauer von drei Wochen.

Die Arbeiterin, welche in einem von einer philanthropischen Gesellschaft unterhaltenen Klosterwohnung wohnt, bezahlt wöchentlich für Bettstatt und Obdach 3 \$, für drei Wochen also 9 \$. während ihre anderen Ausgaben sich in diesem Zeitraum wie folgt stellten: regelmäßiges Straßenbahnpfarrgeld 1.80 \$, Extra für diesen Zweck 40 Cents, Kleider 5.80 \$ und für Vergnügungen 85 Cents, zusammen also 17.85 \$. Ihr Wochenlohn betrug 6 \$ und von ihrem dreiwöchigen Verdienst in Höhe von 18 \$ verblieb der Arbeiterin mithin nur der geringe Betrag von 15 Cents nach der Bereitung der dringendsten Ausgaben. In dieser Berechnung ist aber Verdienstlosigkeit wegen Arbeitsmangel oder wegen Krankheit nicht in Anrechnung gebracht worden und nach der Behandlung von Fräulein van Klecker erreichen Lohnverluste, welche durch diese Faktoren herbeigeführt werden, eine solche Höhe, daß 47 Prozent aller Arbeiterinnen weniger als 18 \$ in drei Wochen verdienen. Von 10 Frauen und Mädchen ist je eine für ihren Lebensunterhalt auf Fabrikarbeit angewiesen und für diese Arbeiterinnen stellten sich die Wochenlöhne wie folgt: in Frauenkleiderfabriken \$ 7.88, in Schuhfabriken \$ 5.65, in Pufffabriken \$ 7.63 und in Tabak- sowie Zigarrenfabriken \$ 7.36, während die Lohnverluste, welche durch Krankheit oder Arbeitsmangel verursacht wurden, sich auf 50 Cents bis 2 \$ pro Woche belaufen.

Durch diese Zustände, wie sie in diesen Industrien herrschen, ist die weibliche weiße Sklaverei die übliche Folge.

Ein englischer Minister über die parlamentarische Vertretung der Arbeiter. Vor kurzem war eine Deputation englischer Gewerkschafter bei dem ersten Minister Asquith um zwei Resolutionen bezüglich des Gewerkschaftskongresses zu überreichen. Die erste Resolution verlangt die Aufhebung des sog. Osborne-Urtells, wonach es den Gewerkschaften unterstellt ist, Gelder für eine parlamentarische Vertretung zu verausgaben; die zweite Resolution verlangt die Einführung von Diktaten und die Wiedererstattung der Wahlrechten. Asquith antwortete den Deputierten, die vorgebrachten Fragen seien überaus ernster und wichtiger Natur und erfordern sofortige Prüfung von allen Gesichtspunkten. Er werde seinen Kollegen die Ansichten und Argumente, die er eben gehört, vermitteln; insbesondere bitte er über nähere Angaben über die Erwartungen neueren Zusammenschlusses. Was die Frage der Abgeordnetenlizenzen betrifft, so sei dieser Programmypunkt der liberalen Partei allerdings, wie so mancher andre, noch nicht durchgeführt, aber er bleibe in dem Programm, und die letzten Jahre haben seiner Ansicht nach die Notwendigkeit der Reform noch vergrößert; denn wenn es irgend etwas gibt, wovon jeder im Lande jetzt einig ist, so ist es die Wunschkartei der Aufrechterhaltung einer Arbeitervertretung im Unterhause. Er habe das Wachstum der Arbeitervertretung im Unterhause seit ihren Anfangen beobachtet und er glaube die Ansicht eines jeden in parlamentarischen Dingen erfahrenen Mannes anzudrücken, wenn er sage, daß die Anwesenheit dieser erprobten und erfahrenen Vertreter der Arbeit enorm zur repräsentativen Autorität des Unterhauses beigetragen und ein sehr notwendiges Licht auf die verschiedenen sozialen und wirtschaftlichen Fragen geworfen hat, mit denen sich das Unterhaus befassen muß. "Und alles, was geeignet ist, die freie Vertretung der Arbeit im Unterhause zu hemmen oder einzuschränken, würde die Kraft dieser Körperschaft als einer heratenden Versammlung beeinträchtigen und sie zu einem weniger wirklichen Instrument für den Ausdruck der Wünsche und für die Befriedigung der Bedürfnisse der ganzen Nation machen." Die Regierung werde deshalb von allen Gesichtspunkten der politischen Sicherheit und der politischen Ratsamkeit die Wichtigkeit der Erhaltung, soweit wie dies möglich ist, der direkten Arbeitervertretung im Unterhause stets vor Augen halten. In diesem Geiste werde er die Frage prüfen und er hoffe, in kürzester Zeit imstande zu sein, den Entschluß der Regierung zu verkünden.

Diese Ansichten des leitenden Ministers zeugen von einem großen Verständnis für die Anforderungen, die eine neue Zeit an den Staat stellt, der die Gleichberechtigung aller Staatsbürger zu seinem Prinzip erhoben hat. Man wird allerdings erst abwarten müssen, wie weit der Minister den Willen und die Möglichkeit haben wird, diese seine Anschauungen in die Wirklichkeit umzusetzen. Immerhin steht die Antwort des englischen Ministers von der reaktionären Bourgeoisie unserer deutschen Staatsmänner wohlthend ab.

## Fachtechnisches.

**Patentschau.** Vom Patentbüro O. Krüger & Co., Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften billigst. Ausläufe frei.

### Angemeldete Patente:

Al. 75 c. R. 30690. Vorrichtung zur Herstellung von Mustern an Decken, Wänden und Bergl. Flächen. Ridder & König, Steele a. d. Ruhr. Ang. 25. 4. 10.

Al. 75 c. St. 15023. Standsäule für Malerzwecke. Ewald Stelzer, Meißen-Bischöfsl. Ang. 21. 3. 10.

Al. 75 c. W. 33455. Vorrichtung zum Auftragen von Farben auf Waschplatten. Gottfried Wassermaier, Wassermaierhof b. Lüdenscheid, Hessen-Nassau. Ang. 3. 12. 09.

### Griechische Patente:

Al. 22 g. 228633. Verfahren zur Herstellung von Farbenbindemitteln, die mit Wasser und mit Oelen mischbar sind. Frank Hornsey Waller, Bromley u. Charles Emile Sohn, London-Harringay. Ang. 8. 12. 09.

Al. 75 c. 228473. Vorrichtung zum Bleiben von Linien an Decken und Wänden, bei der die Farbe durch ein endloses Gummiband aus einem Behälter entnommen und auf die zu verzierende Fläche übertragen wird. Jos. Janowski, Berlin. Ang. 20. 11. 09.

### Gebräuchsmuster:

Al. 23 d. 428050. Zum Tragen geeigneter Halter für Maßrahmen. Fritz Voelmi, Basel. Ang. 16. 9. 10.

Al. 75 c. 439145. Farb- und Klebstoffbehälter mit Abstreifsteg für den Pinsel. Deutsche Patent-Ges. m. b. H., Essel. Ang. 16. 8. 10.

Al. 75 c. 439692. Pinselkästen. Heinr. und Emil Archhof, Cuxhaven. Ang. 8. 8. 10.

### Angemeldete österreichische Patente:

Al. 22 c. A. 851/10. Verfahren zur Grundierung von Holzplatten. Samuel Horwitz, Ing. in Berlin. Ang. 31. 1. 10.

Al. 22 d. A. 1732/10. Harz- und Tropenproduktionsfabrik Theodor Graf, Fa. in Eichenenthal (Böhmen). Verfahren zur Herstellung eines Holzanstrichs- und Konservierungsmittels. Ang. 2. 3. 10.

## Fachliteratur.

"Der Dekorationsmaler". Allgemeine Rundschau für das Malergewerbe. Verlag und Redaktion von S. Kleinhardt in München. Abonnement A jährlich 16 Mr., im voraus zahlbar. Der Betrag kann auch in halb- und vierteljährlichen Raten bezahlt werden. Jeder Abonnement kann jährlich für 8 Mr. Pausen oder Schablonen nach Wahl aus den Heften bezahlen. Abonnement B, ohne Gratzpausen oder Schablonen, jährlich 12 Mr.

Der fünfte Jahrgang dieser Fachschrift liegt uns vor und bringt in seinen 12 Heften eine Reihe gut verwendbarer Vorlageatlas, zu denen meistens auch die Schablonen oder Pausen vom Verlag zu beziehen sind. Daran geht hervor, daß der "Dekorationsmaler" hauptsächlich für Selbständige berechnet ist. Was uns vor allem nicht gefällt, ist die Bedingung: "Das Abonnement kann nur nach Bezug von vier Quartalen mittels vorheriger vierzehntägiger schriftlicher Kündigung pro Oktober aufgehoben werden; ist bis zum 15. September keine Abbestellung erfolgt, so gilt das Abonnement für ein weiteres Jahr verlängert." Sich auf solche Bedingungen, die nur zu leicht schikanös gehandhabt werden können, einzulassen, könnten wir keinem Berufskollegen raten. Die Durchsicht des Sprechsaals brachte uns von neuem den Beweis, wie traurig es um die sachtechnischen Kenntnisse eines großen Teiles Malermaster bestellt ist; übrigens läuft auch die Beantwortung der Fragen viel zu wünschen übrig.

## Literarisches.

Protokoll vom Internationalen Kongress in Kopenhagen ist erschienen. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Von der Tagessordnung sind von besonderer Bedeutung die Handelslösungen über: Das Gewerkschaftswesen — Die Arbeitslosenversicherung — Die Sicherung des Weltfriedens — Abschaffung der Todesstrafe — Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung — Die Vertreibung der internationalen Solidarität.

Das Protokoll kostet 1.50 Mr., gebunden 2.— Mr. Bereitzausgabe 50 Pfsg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Die Reuter-Festschrift, herausgegeben von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, zur 100. Wiederkehr des Geburtstages ist erschienen. Ein gutes Bild des Dichters nach einem Gemälde von Wulff schmückt die Titelseite. Der Text ist mit zahlreichen Illustrationen versehen, deren Originale fast sämtlich in der Erth Reuter-Ausstellung zu sehen sind. Auch das Faksimile eines in der Untersuchungshaft geschriebenen Briefes Reuters wird wiedergegeben. Das interessante Gedenkblatt kostet 20 Pfsg. und ist durch alle Buchhandlungen, Kolportage und Zeitungsträger zu beziehen.

"In Freien Stunden." Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Die Hefte 42 bis 44 sind erschienen. Jede Woche ein Heft zum Preise von 10 Pfsg. Bestellungen nehmen alle Kolporteure und Spediteure entgegen. Probehefte kostenlos vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der Kämpfer gegen den Sozialismus. Lebtes Heft der Broschürenreihe Paribus: Der Klassenkampf des Proletariats. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Das siebte erschienene Heft hat folgenden Inhalt: Die göttliche Weltordnung — Das Malthus'sche Gesetz — Die neue Beweisführung — Die freie Konkurrenz — Rechtfertigung der Kapitalistenklasse — Die Sparsamkeit — Die Verdienstwendung — Die Unternehmeraktivität — Die Unternehmerinitiative — Die "Hausheit" der Arbeiter — Die "Wohne" des Proletariats — Die Abtötung der Religion — Das nationale Argument — Die Verstörung der Familie — Die Erziehung — Die Organisationschwierigkeiten — Die Abschaffung des Privatgegenstums — Das Erbrecht — Die Handwerker- und Bauernfrage — Der Handel und die Kaufmannschaft — Berufswahl und soziale Gleichheit — Die revolutionäre Methode. Preis 20 Pfsg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteure.

## Briefkästen.

3.-Hamburg. Deine Ausführungen sind vollständig zutreffend, doch muß in dieser Sache mal ein Ende gemacht werden.

## Sterbetafel.

Berlin (Bezirk SO). Am 9. November starb der Kollege Otto Urbach im Alter von 46 Jahren. Dresden. Am 6. November verstarb im Alter von 46 Jahren an der Lungenschwindsucht unser Kollege Ernst Rosenmeyer.

Frankfurt a. M.-Oberau. Am Samstag den 5. November verstarb unser langjähriges Mitglied Peter Herber I im Alter von 40 Jahren.  
Frankfurt a. M.-Stierstadt. Am Sonntag den 6. November starb unser Mitglied Georg Gottschall im Alter von 22 Jahren.  
Hamburg. Am 11. November starb nach schweren Leiden unser Mitglied Alois Schenkemeyer im Alter von 33 Jahren.  
Magdeburg. Am 11. November verstarb der Kollege Paul Grawe an einer Blutdarmverkrankung im 25. Lebensjahr.  
Ehre ihrem Andenken!

### Vereinsteil.

#### Bekanntmachung.

Die Adresse des Obmanns des Ausschusses ist jetzt: R. Leinert, Hannover, Nikolaistr. 7 I., B. 4.  
Bestätigt werden die bis zum 20. November gemeldeten Neu- und Erstwahlen der Filialverwaltungen.  
Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 7a des Statuts Josef Michels, Buchn. 67444, durch die Filiale Augsburg.

Der Vorstand.

Bericht der Hauptklasse vom 15. bis 21. November.  
Eingesandt wurde für die Hauptklasse: Herford 100, Göttingen 85, Cottbus 150, Düsseldorf 600, Hanover 100, Worms 40, Duisburg 150.

Die mit Schluss des Jahres 1910 zum Umtausch kommenden Mitgliedsbücher können schon jetzt, soweit die Beiträge bis zur 52. Woche bezahlt sind, an die Hauptklasse behufs Umtausches eingesandt werden.

Material wurde versandt:

B. = Beitragsmarken. E. = Eintrittsmarken.

D. = Duplikatsmarken. A. = Kalender.

Br. = Broschüren. Pr. = Protokolle.

M. M. = Marken-Mappen. F. = Futterale.

Aßlensburg 400 B. a 60 A.; Albersleben 5 A.; Bayreuth 15 A.; Böchum 50 E., 15 A.; Bremerhaven 50 A.; Coblenz 6 A.; Colmar 10 A.; Cottbus 10 A.; Crefeld 12 A.; Crimmitzschau 25 A.; Düsseldorf 4000 B. a 80 A., 100 E., 10 A., 10 M. M.; Elberfeld 50 A.; Essen 50 A.; Gera 15 A.; Göttingen 1600 B. a 20 A., 30 E.; Hagen 30 A.; Hanau 20 A.; Hilbersheim 400 B. a 60 A.; Kiel 30 A.; Liegnitz 30 A.; Lübeck 200 B. a 55 A.; Mainz 10000 B. a 30 A., 10 A.; Mannheim 30 A.; Meerane 25 A.; Oranienburg 10 A.; Pforzheim 25 A.; Potsdam 20 A.; Rostock 400 B. a 60 A.; Siegen 800 B. a 25 A., 35 A.; Singen 10 A.; Waldburg 200 B. a 55 A.; Wiesbaden 400 B. a 25 A., 10 A.; Würzburg 2 M. M.

H. Wentler, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse  
der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
(eingetragen Gültigkeit Nr. 71.)

Bericht des Hauptklasserers vom 13. bis 19. November.  
Über erschüsse wurden von folgenden örtlichen Verwaltungen eingesandt: Schulze-Spandau M. 150, Krapp-Bamberg 100, Stein-Berlin 5000, Röhler-Steglitz 300, Siebert-Erfurt 200, Eggel-Gleisburg 70, Wehrle-Hamburg (St. Georg) 250, Mohls-Altona 200, Schreiner-Freiburg i. B. 200, Baganz-Friedrichshagen 100, Kratz-Wolfsburg 100, Marktstein-München 200, Zimmer-Oberschöneweide vom 3. Quartal M. 75 durch Wirth erhalten.

Krankenfeld erhielten: Buchn. 24318 E. Spielmann in Cassel M. 18.50, Buchn. 28045 R. Waldfeld in Breslau 13.50, Buchn. 24851 M. Krause in Breslau 13.50, Buchn. 24888 R. Höse in Cassel 13.50, Buchn. 24894 R. Bitner in Breslau 13.50, Buchn. 16937 R. Idler in Lambach 13.50, Buchn. 12964 E. Süsse in Kander 13.50, Buchn. 14883 C. Vollbrandt in Niedersburg 13.50, Buchn. 7699 J. Hartmann in Hofheim 15.75, Buchn. 33379 R. Wappeler in Kettwig 9.—, Buchn. 5506 R. Lohmann in Cassel 13.50, Buchn. 26981 F. Faber in Schmiedefeld 27.45, R. Langer in Breslau 13.50, Buchn. 24806 Th. Mühlried in Breslau 13.50, Buchn. 5478 R. Hottenrodi in Cassel 15.75, Buchn. 5479 G. Sprenger in Cassel 13.50.

J. Warneke, Hauptklasserer.

### Anzeigen.

#### Detmold.

Die Meisterunterstützung wird nicht überstraße 26, sondern in der Zentralhalle am Bezahlung. Filiale Detmold. 1.60 M. J. A.: H. Schütter.

Der Kollege Paul Glatzel, geb. am 22. Januar 1887 in Friedewalde, wird hierfür aufgefordert, seinen Beipflichtungen der Stelle Preußen gegenüber nachzukommen. 1. M. J. A.: F. Kohn, Brüderstr. 103.

Ein in bestituierter Marschgegend, größtes Dorf eines Kreises der Provinz Schleswig-Holstein, gelegenes altes mit sehr gutem Ruf bezeichnetes Malergeschäft mit neuen Gebäuden, Gartengrundstück, mit jährlichem Umsatz von 8000 Mark, ist für 9500 Mark zu verkaufen. Anzahlung die Hälfte. Nur direkte Rekta. unter R. an die Exped. d. Bl.

**Bestes Maler-, Lackierer- u. Anstreicher-Geschäft**

mit Grundstück, sehr alte Existenz (Provinz Brandenburg) wegen andauernden körperlichen Leidens für 27000 M. zu verkaufen. Das Lackieren kann angelernt werden. Nur Kapitalkräftige finden Verständigung. Offerten unter H. P. an die Expedition dieser Zeitung.

**Malerschule Buxtehude**  
Grösste Schule für Dekorationsmaler, 1907 wieder goldene Medaillen und Ehrenpreise. Prospekt gratis durch die Direktion.

**Malerschule in Hameln**

Vez. Hannover (unter staatlicher Aufsicht). Hauptfach: Dekorations-, Schriften-, Holz- und Marmormalerei. Unverkennbar bedeutende Erfolge durch das bestätigte Fachlehrpersonal.

Gefreite Lehrfäle. Frequenz im W.G. 1909 70 Schüler. Prospekt umsonst b. d. Schulleitung C. Nordmann.

**Schule für Holz- u. Marmormalerei**  
Gustav Bendfeldt, Düsseldorf Kruppstrasse 111, III. Anmeldungen zu jeder Zeit.

**Malerschule zu Bremerhaven**

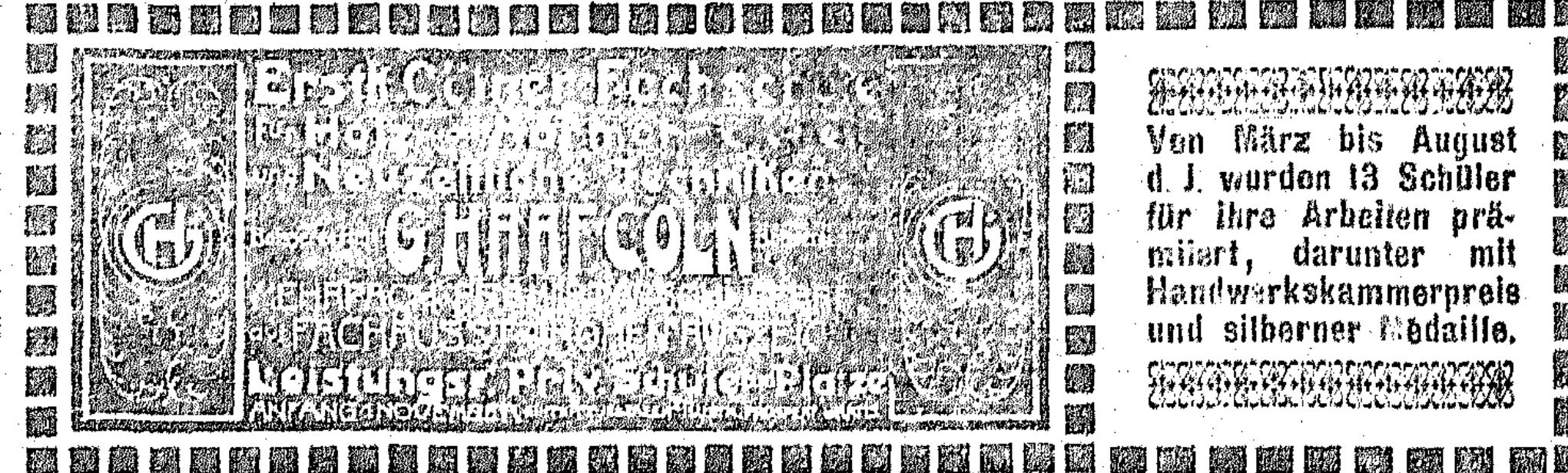
von C. H. Dreier Grabenstraße Nr. 22 Schule für Dekorations-Malerei, Holz und Marmor, Schriften. Prospekte gratis und franko. Wintersemester vom 1. November bis 31. März.

**Ornament, Blumen, Figur**  
15. Okt. bis 15. März. **Malerschule Schütt** WILHELMSHAVEN, Wallstrasse 15. Prospekt gratis. Fachkreis als erstklassig bekannt. (Großes neuerbautes Atelier.) Holz und Marmor.

**Abend- und Tages-Kursus im Holz- und Marmormalen**  
Montags, Mittwochs, Freitags abends und Sonntags, Monat 11 Mk. (am Tage 16 Mk.) **Schrift und moderne Maltechniken** — 4 Mk. monatlich (Speziallehrer) — Ausstellung jeden Sonntag 10—12 Uhr. A. Grau, Altona, Allee 223, nahe Flora.

## Maler-Kalender 1911

Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands. 10. Jahrgang.  
Der Preis beträgt nur für Mitglieder pro Exemplar 60 Pf. Jeder Einzelbestellung sind 10 Pf. für Porto extra beizulegen.



### Malerschule zu Hamburg

Wilhelm Schütte, Beim Strohhause 12

Reich Illustr. Prospekt gratis

### Schriftmalen

ist jetzt von 6—9 Uhr Dienstags und Freitags abends. Sonntags von 9—12 Uhr. Monatlich nur Mk. 6.— e.c.e.c.e. Täglich Eintritt.

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren.

Prospekt über das rühmlichste bekannte

### Mahlers Fondin

Mahler & Co., Bamberg II

versendet gratis und franko

### Die grossen Erfolge

auch im letzten Semester bestehen darin, dass die Leistungen unserer Schüler auf verschiedenen Malertagen die höchsten Preise erhielten und heute schon zwei Herren die Berechtigung zum Einjährigen-Dienst erlangten.

### Schule für Holz- und Marmormalerei und moderne Techniken von Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5

Lindenstrasse 19.

Unterricht vom 15. Oktober bis 15. März.

Man verlange Prospekt

### Schule für Holz- u. Marmor - Malerei

### M. NABBEN

Düsseldorf  
Gegründet 1896

Prämiert mit höchsten Auszeichnungen und Medaillen. Von mir ausgebildete Schüler erhielten erste Preise und Medaillen. Semester vom 1. November bis 1. März.

Auf Wunsch 8 Tage Probe-Unterricht gratis.

**Erwiesen**  
ist wiederum durch die diesjährige grosse Erfolge der Schüler bei Fr. Schott nur 1 Monat Unterricht zur gründl. Erlernung von Holz oder Marmor. Verlangen Sie daher neuest, illustr. Prospekt (Buchform) mit d. Arbeiten d. Schüler, welche 1910 auf d. beschickten Ausstellungen Norddeutschl. u. Dänemarks. 1. Preis, höchste Auszeichnung. u. hohe Anerkennung, gratis u. franko. erhielten, gratis und franko. Wintersemester vom 1. November bis 1. März. Schrift und moderne Maltechniken von Fr. Schott, Spezialschule für Holz-, Marmor- und zeltgemäss Maltechniken, Schwerin 1. M. 5.

### I. Münchener Holz- u. Marmorschule

e.c.e.c.e. und Schriftenmalerei

Wilhelm Klingschmidt, München

Prospekt gratis Liebigstr. 22 Prospekt gratis

50 bunte Malvorlagen Mk. 6.— Landschaften, Blumen, Frucht- und Seestücke etc.

Ph. Brühl, Düsseldorf 1. Westf.

### Zentrum

treffen Sie, wenn Sie

unserer Ölporträts nach Ir. gend einer Photographie vergrössert, künstlerisch nach patentiertem Verfahren hergestellt, an das Publikum zu 27.50 bis Mk. 100.— verkauft. Jeder Mensch hat gern ein Selbstbild von dem ihm Nahestehenden. Wir liefern Ihnen sprechend ähnliche Ölporträts 30/40 cm zu Mk. 10.— andere Größen zu anderen entsprechenden Preisen.

Einkauf Mk. 10.— Verkauf Mk. 27.50 bis Mk. 100.—

R. Swierzy, G. m. b. H., Berlin S 42, Oranienstrasse 70.

— Näheres gratis und franko. —

Nur 1 Mark (Porto 20 Pf. extra) anstatt 4 Mark kostet jetzt das Werk:

Blumenschule.

Leichte Vorlagen für den Selbstunterricht (Umrissblätter zum Ausmalen, Zwischenstufen, Untermaulung und Schattierung). 16 Tafeln und Text von J. Höppner. Vorrat gering. Deshalb umgehende Bestellung erforderlich. E. Haberland, Leipzig-R. 101.

Gratis und franko erhalten Sie d. künstl. reich ill. Prospekt d. Neuen

prachtvoll. Schülerarbeiten vom kunstgewerblichen

Institut für Maler (erste schweiz. Malerschule)

H. Schmid-Engweiler, Zürich

Porto n. d. Schweiz f. Briefe 20, Karten 10 Pf.

Lager in prima Qualität, Plastonbürsten, Leitern, Farbkesseln, Lacken, Farben, Schablone und Papier. Spezialgeschäft in vollständiger Einrichtung von Malerwerkstätten. Solide Ware bei billiger Berechnung.

P. Steet, Nürnberg, Obere Wörthstr. 18.

### Maler - Mäntel,

beste Qualität mit schrägen Taschen und Umlegefransen. Nur eigenes Fabrikat.

110 120 130 140 cm lang jezt 2.90 3.10 3.25 3.40 M. Hosen 2.— M. Mützen 40 A., reineleinene Militär-Dress-Hosen und -Jacken 3.— M. Extra-Größen 3.30 M. 11. Dual. 2.25 M. billiger. Wir bitten Oberweite und Schrittlänge anzugeben.

D. Wurzel & Co., Berlin, Brückenstraße 13, I.

### Büding's Maleranzug „In Einem“

D. N. G. M. Unerreicht in Zweckmäßigheit und Fertigkeit.

Vollkommenster Anzug der Welt.

Generalbetrieb für Deutschland:

George Evans Ernst Merckstr. 12 Hamburg.

ORIGINAL M. Mosberg Bielefeld Spezial-Haus Deutschlands

Bestbewährte Kleidung für Maler Lackierer etc.

Dirkter Versand ab Fabrik an jedermann. Preislisten gratis. Verkaufsstellen in fast allen Orten, kenntlich durch nebenstehendes Plakat.

M. Mosberg & Bielefeld Spezialfabrik für Berufsbekleidung.

Zur Beachtung! Meine echten, weltberühmten Fabrikate haben alle neben der bekannten Schutzmarke den Namen »Original M. Mosberg« eingetragen, was Sie sich bei jedem Einkauf unbedingt zeigen lassen wollen. Garderoben ohne diese Marke sind nicht von mi.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 48 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten unserer Filialen bei.

Für die Reaktion verantwortlich M. Mart. Hamburg, Schmalenbaderstrasse 17.

Verlag von H. Wentler, Hamburg 22.

Druck von Friedrich Meier, Hamburg 23.